

Commerz

Zentral-Organ für die Interessen der im Handels-, Transport- u. Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter Deutschlands.
Publikations-Organ des Zentral-Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franco 1 Mf.
Postzeitungsliste: Nr. 1658.
Verantwortl. Redakteur und Verleger: O. Schumann, Berlin.

Redaktion und Exped.: Berlin SO., Gewerkschaftshaus,
Engel-Platz 15. Telefon: Amt VII, 8048.
Gesöffnet: 9-1 Uhr Vorm., 3-7 Uhr Nachm., Sonntags geschl.
Redaktionschluss am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.

Annoncen:
die 3 gespaltene Zeile für 40 Wf. Zu Abonnement
entsprechender Rabatt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 12.

Berlin, den 8. Juni 1902.

6. Jahrg.

Proletarier-Paläste.

Nicht nur in Kaminen sind die Viehställe in besserem Zustande als die Wohnungen der Menschen. Wie wir zu schildern in einer der vorigen Nummern d. Bl. Gelegenheit hatten, ist dies auch in Thüringen der Fall. Und heute liegt Material vor uns, welches beweist, daß auch in Spree-Mühen, der Bell- und Intelligenzstadt Berlin, es nicht viel besser mit den Wohnungen unserer Kollegen und Kolleginnen bestellt ist. Auch in den mit Gütern, Luxus und Reichthum so segensreichen Nabel preussisch-Germaniens sind zur Abwechslung neben den herrlichen Palästen der Besitzenden, Mansarden und lichtlose Kellershöhlen für heillose Proletarier vorhanden. Das Glend, das hier haust, mag sich selten ans Tageslicht, die Noth prunkt nicht mit ihrem Dasein, wie der Lieberfuß. Das Glend ans Tageslicht zu ziehen, seine Größe zu zeigen, ist daher ein hohes Verdienst um die Interessen der Menschheit.

Das Alpha und Omega der Aufgaben einer Krankenkasse besteht nicht, wie gewisse verdörrte Bureautanten meinen, in der Zahlung eines bestimmten Krankengeldes an die Versicherten und in der Gewährung von freier ärztlicher Behandlung und unentgeltlicher Lieferung der Heilmittel oder eventuell noch der Verpflegung in einer Heilstätte. Der wahre Freund der Kranken und der Krankenkassen Blick weiter. Er sucht die Ursachen der Krankheiten zu erforschen, Ansteckungsheerde zu entdecken und sie auf irgend eine Weise unschädlich zu machen. Die Sorge um den Gesunden muß eine ebenso wichtige Aufgabe der Krankenkassen sein, wie die Sorge um die Kranken. Die Kranktheilen durch rechtzeitig getroffene Maßregeln zu verhüten, den Menschen die physischen und psychischen Leiden zu ersparen, dem Staate gesunde, körperlich und geistig leistungsfähige Bürger zu erhalten, die Jugend vor der Degeneration zu schützen, ein gesünderes, kräftigeres und folgedessen auch geistig regeres Menschengeschlecht schaffen zu helfen, das muß die Hauptaufgabe aller mit sozialem Verständnis geleiteten Krankenkassen sein.

Diese Prinzipien werden seitens der zur sozialen Erkenntnis gelangten Arbeiter befolgt und soweit die Leitung von Krankenkassen in ihre Hände übergegangen ist, sind bereits wesentliche Fortschritte auf dem gezeichneten Wege erzielt worden.

Der Mensch braucht zu seinem körperlichen Gedeihen Luft, Licht und Wärme. Dort, wo diese drei Dinge nicht oder nur in ungenügender Weise vorhanden sind, kann der Mensch niemals gedeihen, muß erkranken, verkrüppeln, verkommen. Unsere Altvordern, die bekanntlich in „Gottes freier Natur“ auf Wärendhäuten kampierten, waren kräftige, gesunde, abgehärtete Gestalten, die selbst den gewiß nicht verwechsellichen Römern Respekt einzufößen vermochten. Vergleichen man mit ihnen heute unsere Zammergestalten von Fabrikarbeitern und Handelproletariern mit ihren eingefallenen bleichen Gesichtern, ihrer verkrüppelten Brustmuskulatur und ihrem gebrechlichen Knochenbau, so fragen wir uns unwillkürlich, ob es möglich ist, daß dies die Nachkommen jener germanischen Barbaren sein sollen.

Es ist Zeit, der Degeneration der Arbeiterklasse ein Halt zu bieten. In Würdigung und Erkenntnis dieser Thatsachen hatte der Vorstand der Ortskrankenkasse der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker zu Berlin — der, nebenbei bemerkt, zum größeren Theile aus unseren Verbandskollegen und organisierten Handlungsgehilfen besteht — beschlossen, Erhebungen über die Wohnungsverhältnisse erkrankter Mitglieder zu pflegen. Man ging davon aus, daß der Gesundheitszustand der Kassenmitglieder zum großen Theile von der Beschaffenheit der zur Verfügung stehenden

Wohnräume abhängig ist. Auch hier schloß es natürlich nicht an jenen Leuten, die bei allen neuen Ideen bremsen, mögen dieselben noch so gut sein; geistig beschränkte Köpfe behaupteten, daß besagte Enqueteen nicht zur Aufgabe einer Krankenkasse gehörten.

Unbekümmert um diese Kläffer schritt der Vorstand der Kasse im Frühjahr 1901 zur Ausführung des Planes.

Unter freundlicher Mitwirkung des bekannten Vorkämpfers gegen die Tuberkulose, Dr. A. Friedeberg, wurde ein Formular ausgearbeitet, dessen Fragen die mit der Krankenkasse beauftragten Beamten zu beantworten hatten. Diese Arbeit war für die Krankenkassentrolleure eine äußerst schwierige, da ihnen einerseits jede Schulung für derartige, mit peinlichster Gewissenhaftigkeit auszuführende Aufgaben fehlte, andererseits ihnen auch seitens der erkrankten Mitglieder ein bestimmtes Mißtrauen entgegengebracht wurde. Es bedurfte in vielen Fällen langwieriger Erklärungen der Beamten über den Charakter und Zweck ihrer Aufnahmen, ehe sie sich das notwendige Vertrauen erwerben konnten. Ihnen gebührt daher der gleiche Dank für ihre Mühewaltung, wie dem Nendanten Albert Kohn für die sorgfältige Zusammenstellung und Sichtung des Materials.

Die täglich eingehenden Berichte wurden geprüft und in all denjenigen Fällen, in denen besonders triste Wohnungsverhältnisse festgestellt worden waren, den behandelnden Ärzten Abschriften übermittelt. Die Folge war, daß in zahlreichen Fällen die Patienten sofort einem Krankenhaus überwiesen wurden, da in den geschilderten Wohnungen eine Heilung oder auch nur Besserung des Leidens ausgeschlossen erschien.

Die Wissenschaft hält bekanntlich die Größe des Raumes menschlicher Wohnungen für besonders wichtig. Die modernen Baugenossenschaften führen Stuben und Kammern nicht unter 12,18 Quadratmeter aus. Diesem Mindestmaß entsprechen ein Theil der gemessenen Wohnräume nicht, rund ein Viertel derselben hallen, nur eine Bodenfläche bis zu 10 Quadratmeter zur Verfügung. Auch die Höhe der gemessenen Räume entspricht in 41,75% nicht den geringsten sanitären und hygienischen Anforderungen, da diese eine Mindesthöhe von 2,80 Metern nicht erreichen. Es wurden sogar Kammern angetroffen, in denen ein erwachsener Mann kaum aufrecht stehen kann. Mit der Beschaffenheit der Luft kann es daher in solchen Räumen nicht gut bestellt sein.

In Gefängnissen und Kasernen wird für jede Person ein durchschnittlicher Luftraum von 30 Kubikmetern verlangt. Dagegen hatten 64,78% der in die Erhebung einbezogenen Männer und 63,62% Frauen noch nicht einmal 20 Kubikmeter Luftraum zur Verfügung. Vielfach fanden Leuten nur unter 6, ja sogar noch unter 3 Kubikmeter zur Verfügung, während im Krankenhaus durchschnittlich 35 Kubikmeter Luftraum dem Patienten geboten werden.

Die Lage der Wohnungen zeigte dasselbe betäubende Resultat. Ein großer Prozentsatz wohnte in Kellern, die dunnp und feucht, wie sie meistens sind, nur krankheitsfördernd wirken. Ein anderer Theil bevüllerte wieder Dachwohnungen, die bekanntlich in gesundheitlicher Beziehung auch ihre bedenkliche Seite haben. Was die zur Verfügung stehenden Räume andriffs, so hatten 4% der männlichen und 8,74% der weiblichen Personen nur eine Küche, 19,34% der männlichen und 20,33% der weiblichen Personen nur eine Stube zur Verfügung, während eine Stube und Küche 52,05% männliche und 45,73% weibliche Personen bewohnten. Vielfach wird bei einer Raum zugleich als Koch-,

Wasch-, Arbeits- und Schlafraum benutzt. Von den Lungenkranken hatten nur 5,88% für sich allein einen Raum zur Verfügung. Alle anderen theilten ihre Schlafräume mit anderen Personen, diese der Gefahr der Ansteckung aussetzend. Vielfach sind die Räume, in denen die Kranken haften, garnicht mal heizbar. Besonders ist dies bei den unverheirateten Personen, die sogenannte Schlafstellen benutzen müssen, der Fall.

Die Belichtung der Wohnungen ist oftmals recht ungenügender Natur. In dunklen Räumen wohnten 20,55% der Lungenkranken Männer und 20,63% der Lungenkranken Frauen. Dasselbe traf bei 23,68% resp. 24,59% den an sonstigen Krankheiten leidenden Männern und Frauen zu.

In 10 Fällen war die unerhörte Thatsache zu verzeichnen, daß Kranke in Höhlen hausten, die überhaupt kein Fenster hatten.

Die städtischen Hausarbeiter zwingen durch hochgeschraubte Mietzpreise die arbeitende Bevölkerung, mit solchen aller Kultur hohnsprechenden Wohnstätten verleben zu müssen. Oft genug theilt sich in solchen Räumen eine zahlreiche Familie und so wird schon dem kaum geborenen Proletarier Licht und Luft nur mit Theilnehmern zugewiesen. Die Proletarierkinder sollen schon an der Mutterbrust einen Borgeschmack von ihrer späteren Daseinsherlichkeit bekommen, wohl damit sie ihren schwachen Körper frühzeitig an schlechte Luft und wenig Licht gewöhnen. Kummer, Sorge und Noth klopfen schon frühzeitig an des Arbeiters Thüren und sie begleiten ihm dann das ganze Leben hindurch, so daß oft der Tod als willkommenere Erlöser erscheint.

Fast in der Regel waren die untersuchten Wohnungen feucht und oftmals herrschten entsetzliche Zustände bezüglich der Klosetverhältnisse. In 35,94% der Fälle benutzten mehr als 15 Personen ein Kloset. Das bedeutet eine ungeheure Ansteckungsgefahr. Vielfach sind dabei die Räume zu eng und obendrein stöckfester. Auch die Spülvorrichtung läßt des Defekten mehr als zu wünschen übrig.

In welcher traurigen Zustände sich die Wohnungen unserer Kollegen und Kolleginnen oftmals befinden, dafür seien hier noch einige Beispiele angeführt:

„Die Wohnung ist sehr feucht, wenn das über derselben liegende Kloset verstopft ist, wird es durchgestoßen und der ganze Schmutz fließt in die Wohnung.“

„In der Küche steht ein Bett, das für die ganze Familie von 4 Personen ausreichen muß, in der Stube sind keine Möbel, nur ein alter Kasten.“

„Ein 49-jähriger Lungenleidender Kranke liegt in der Brandenburgerstraße in einer Kammer, welche nur durch ein 30 cm hohes und 20 cm breites Dachfenster erhellt wird und so klein ist, daß sie vom Bett vollständig ausgefüllt wird.“

„In der Pringensstraße hauste ein 52-jähriger Mann in einem Keller, welcher dunkel, feucht und dunnpfig ist, der Fußboden ist mit Fieselsteinen belegt und der Raum zu schlecht als Lageraum.“

„Für 3 Gebäude sind 5 Klosets auf dem Hofe, die Stube hat 2 Fenster nach dem Hofe in der Größe von 90 zu 100 cm, die Scheiben fallen heraus, das Wasser läuft von den Wänden.“

„Die Wohnung ist total feucht, an der Fensterwand läuft das Wasser herab, die Tapete hängt in Fetzen. Die Stube, 42,2 Kubikmeter, dient als Schlafraum für drei Erwachsene und drei Kinder.“

„Eine Familie von 6 Personen steht nur eine Stube zur Verfügung, welche feucht und dunnpfig ist.“

„In einer kleinen Stube (27 Kubikmeter) schlafen 8 Personen, die Stube ist obendrein dunkel und feucht.“

Genug des Glends und der Noth.

Während große Paläste leer stehen, während die Familien der besitzenden Klassen über Prunkalons

und prachtvolle Winter- und Sommerwohnungen verfügen, müssen arme Lungenträger aus dem Ar- beiterstande ihre Schlafstätte, ihr Bett mit ihren Familienmitglieder teilen, so auf diese Weise mit fast mathematischer Sicherheit den tödlichen Krankheits- feind überliefert. Unter 1850 Personen fanden 200 Patienten kein eigenes Bett zur Ver- fügung, davon waren 60 Personen lungen- krank.

Ein lungenkranker Mann theilt das Bett mit seiner Frau und einem dreijährigen Kinde. Ein anderer liegt in einem Raume, in welchem immer- halb 2 Tagen alte Gewässer verschimmelten und die Wände an den Wänden wachsen. Ein männlicher an Mose erkrankter Patient theilt sein Lager ebenso mit einem Kinde, wie zwei an Influenza darnieder- liegende Frauen.

Diese Verhältnisse könnten leider, wie der Bericht- ersteller sagt, um 100 gleichsträufliche vermehrt werden.

So sieht es aus mit den Wohnungsverhältnissen einer sehr großen Zahl unserer Kollegen in der Pracht- und Luxusstadt Berlin. Diese Zustände gleichen den düsteren Schilderungen der Proletarier- Wohnungen im Ostende von London aus. Hier wie dort Glend über Glend, ein dumpfes Damp- vegetieren abgetunpfter Menschen. Arm sein be- deutet auf alle Menschenrechte verzichten, verlieren, verkommen. Wo bleibt da die helfende christliche Nächstenliebe, wo die vielgepriesene Humanität der besitzenden Klasse? Man scheut sich im Interesse der bestehenden Gesellschaftsordnung, in jene Höhlen und Winkel hineinzuleuchten, die Schwären des Hungers, der Noth und der Krankheit aufzudecken. Eine radikale Beseitigung der krassen Wohnungs- verhältnisse der arbeitenden Klassen wird nur durch eine Umwälzung der prinzipial kapitalistischen Produktions- weise möglich sein, davon sind wir überzeugt. Die Gegenwartsarbeit kann aber auch hier lindernd ein- greifen.

Die Erkranktenliste der Krankenkasse in Berlin hat die Erhebungen über die Wohnungsverhältnisse der erkrankten Mitglieder als ständige Einrichtung in ihren Wirkungsbereich gezogen. Das soziale Ver- hältniß der Leistung dieser Klasse bürgt uns dafür, daß man bestrebt sein wird, dieses System immer besser auszubauen und vor allem die Erhebungen auf alle erkrankten Kassemitglieder auszudehnen zu sehen. Bei der großen Mitgliederzahl der Klasse (ca. 70 000) wird das gemonnene Material selbst für die Beurtheilung der Wohnungsverhält- nisse im Allgemeinen von unschätzbarem Werthe sein. Freilich halten wir aber mit einer Wohnungs- enquete allein die sozialen Aufgaben einer gut geleiteten Krankenkasse noch nicht für erfüllt. Nicht nur schlechte und traurige Wohnungsverhältnisse sind die Ursachen vieler Krankheiten, vor allem bildet auch die Unterernährung großer Volksklassen den Erkrankungsgrund äußerst günstigen Boden. Man vergesse ferner auch nicht, daß es die lange Arbeitszeit in gesundheitschädlichen Betrieben und dumpfen Ar- beitsstätten ist, die die Gesundheit des arbeitenden Volkes untergräbt. Auch hier könnte die Kranken- kasse, wenn sie wollen, ohne große Kosten dem Sozialstatistiker gutes und werthvolles Material liefern, ein Material, das die Erhebungen der Reichs- kommission für Arbeiterstatistik an Quantität und Qualität weit übertreffen müßte. Einmal auf dem Wege des Fortschritts begriffen, mache man ganze, nicht halbe Arbeit.

Unseren Kollegen, soweit sie in Leitungen von Krankenkassen thätig sind, rathen wir, dem Beispiele unserer Berliner Krankenkasse Folge leisten zu wollen, sie werden sich dadurch ein wesentliches Verdienst um die Kollegenarbeit erwerben.

Und überall dort, wo die Leitung der Kranken- kassen sich noch nicht in den Händen unserer Ver- bandskollegen befindet, mögen diese tragen, Ein- fluß auf die Leitung der Geschäfte zu gewinnen, um den modernen Ideen über die Aufgaben der Krankenkassen zum Siege zu verhelfen. Unser Ver- band muß überall und bei jeder Gelegenheit als der Wahrnehmer der Interessen der Kollegenschaft thätig sein, das ist sein Zweck und diesen zu er- füllen, ist jedes organisierten Kollegen vornehmste Auf- gabe. Geschieht dies, dann müssen die uns noch fernstehenden Kollegen immer mehr einsehen lernen, daß der Anschluß an die Berufsorganisation jedem Einzelnen großen Nutzen bringt.

Strassenbahner-Streik in Stuttgart.

Das Druck und schlechte Behandlung nur Gegen- stand und Erbitterung erzeugen, ist eine alte Erfahrung- sache, von der man allerdings bei der Direktion der hiesigen Strassenbahngesellschaft bis jetzt nicht viel zu halten schien. Nichtsdesto ist die Behandlung der An- gestellten durch einzelne Vorgesetzte, empfindlich sind die zu zahlenden Strafgelder, über deren Verwendung den Angestellten nie Rechenschaft gegeben wurde, ungerecht und nicht kontrollierbar für die Mitglieder ist die Ge- währung von Unterstützungen aus der Penstionskasse, un- sicher für alle ist ihre Stellung, sobald sie von dem ge-

sehrlich gewährleisteten Recht der Koalition Gebrauch machen, nämlich ist die Bezahlung und wüßlichst lang die Arbeitszeit. Kein Wunder, daß unter solchen Um- ständen der Wunsch nach Verbesserung, nach geordneten Verhältnissen, wie sie die meisten Arbeiterbrüder und die staatlichen Arbeiter sich erlauben haben, auch die zahlreichen Angestellten der Strassenbahn zumutrieb und sie auf den Weg der Organisation führte. So hatte in den letzten Jahren der größte Theil der Strassenbahner sich unserem Verbande angeschlossen, der jetzt die Zeit für gekommen und die Strassenbahngesellschaft für ge- nünftig genug erachtete, um einmal die dringenden Wünfche sämtlicher Angestellten der Direktion zu unterbreiten mit der Bitte um größtmöglichstes Entgegen- kommen. Am Mittwoch, den 28. Mai, Nachts 12 Uhr, fand im Gewerkschaftshaus eine von ca. 450 Strassen- bahnern besuchte Versammlung statt, in welcher die Lage der Strassenbahner eingehend besprochen wurde. Nach einer längeren gründlichen Debatte wurde beschlossen, am Donnerstag der Direktion der Strassenbahn die auf- gestellten Forderungen zu unterbreiten und sie um Aufhe- rung darüber zu ersuchen, ob sie mit den Vertretern der Angestellten und des Verbandes zu verhandeln gewillt sei. Die Forderungen lauten:

- Arbeitszeit.**
- a) Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden inkl. einer 15minütigen Pause für jeden Schaffner und Führer.
 - b) Es wird Schichtwechsel eingeführt. Eine Schicht hat von 5-8 Uhr, die andere von 8 Uhr bis zum Schluß des Tages Dienst.
 - c) Ueberstunden sind nur in dringenden Fällen zu- lässig und mit 60 Pf. pro Stunde zu bezahlen.
 - d) Verrichtungen von länger als 20 Minuten werden als eine Ueberstunde bezahlt.
 - e) Neben Angestellten ist wöchentlich ein freier Tag zu gewähren; jeder vierte freie Tag muß ein Sonntags- tag sein.
 - f) Angestellte, die mindestens 1 Jahr lang bei der Gesellschaft thätig sind, erhalten jährlich 8 Tage Ue- rlaub; auch bei Krankheits- und Sterbefällen in der Familie ist Urlaub zu gewähren unter Fortbezug des Gehalts.

- Gehälter.**
- a) Schaffner und Führer erhalten ein Anfangs- gehalt von 100 Mark pro Monat. Dasselbe steigt von Jahr zu Jahr um 6 Mark bis zum Höchstlohn von 150 Mark.
 - b) Referesführer und Schaffner erhalten einen Tagelohn von 3,50 Mark, gleichviel ob dieselben im Fahrdienst oder als Vahntagelöhner verwendet werden.
 - c) Strecken- und Wagenarbeiter erhalten ein An- fangsgehalt von 90 Mark pro Monat. Dasselbe steigt von Jahr zu Jahr um 3 Mark bis zum Höchstlohn von 130 Mark.
 - d) Das übrige Hallenpersonal erhält einen Tagelohn von 3,50 Mark im ersten, 3,75 Mark im zweiten, 4 Mark im dritten Jahr.
 - e) Diese Bestimmungen haben rückwirkende Kraft.
 - f) Bei Auszahlung des Lohnes resp. Gehalts ist eine Lohnausrechnung auszubändigen.
 - g) Während militärischer Uebungen wird dem Per- sonal der Gehalt weitergezahlt.
 - h) Das Personal der Sonntagszwischenwagen wird bezahlt wie bei Tourenwagen.

- Werkzeuge.**
- a) Jeder Angestellte erhält jährlich einen neuen Anzug und alle zwei Jahre einen neuen Mantel.
 - b) Die alten Mäntel und Anzüge sind sein Eigentum.
 - c) Es sind Sommeranzüge anzuschaffen.
 - d) Neben Führer sind jährlich ein Paar neue Leder- handschuhe, ein Paar Handschuhe und ein Wachsmantel zu liefern; jedem Angestellten ist ein Paar Pelzhands- schuhe zu liefern.
 - e) Jeder Referesführer und Schaffner erhält einen voll- ständigen Dienstanzug.

Einrichtung und Nutzen der Wagen.
 An sämtlichen Wagen sind die Perrons voll- ständig zu schließen und pneumatische Bremsen anzu- bringen.

Das Nutzen der Messingbelle an den Wagen ge- schieht durch das Hallenpersonal.

- Anstellung und Beförderung der Reserve- führer.**
- a) Die Referesführer sind gleichmäßig oft zum Fahr- dienst heranzuziehen und einen Tag vorher durch den Bahnwächter zum Dienst zu bestellen.
 - b) Jeder Referesführer und Schaffner, sowie jeder Hallen- und Streckenarbeiter erhält wie die übrigen An- gestellten eine Familienfahrkarte.
 - c) Zurücksetzung der Herren Kollmann und Kose und Entlassung des Schaffners Katze.
 - d) Die beiden Ersten, da trotz aller Beschwerden die Behandlung des Personals durch diese Herren Alles zu wünschen übrig läßt. Legterer, weil ein erträgliches Nebeneinanderarbeiten unmöglich ist.

Koalitionsfreiheit.
 Die Organisation der Strassenbahner Stuttgarts wird anerkannt, kein Angestellter darf wegen seiner Zugehörigkeit zum Zentralverband der Handels-, Trans- port und Verkehrsarbeiter bestraft bzw. gemindert werden.

Schaffner Wolf ist deshalb wieder anzustellen.
 Beschwerdebekommision.
 Zur Regelung aller dienstlichen Streitigkeiten und Differenzen ist eine aus Angestellten bestehende Kom- mission zu wählen, welche alle Beschwerden zu prüfen und nötigenfalls der Direktion behufs Abhilfe zu unter- breiten hat.
 Auf Verlangen sind der Kommission auch die für Entlassung von Angestellten maßgebenden Gründe an- zugeben.

Penstionskasse.
 Die Saktionen derselben sind unzmündern.
 Hierzu ist ebenfalls eine Kommission zu wählen, die unter Beistand eines Rechtsanwalts, der vom Verband gestellt wird, mit der Direktion zu verhandeln hat.

Unterstützungskasse.
 Am Dezember eines jeden Jahres ist dem An- gestellten der Strassenbahn eine Abrechnung der Unter- stützungskasse vorzulegen. Gefunde um Unterstützung sind der oben erwähnten Kommission ebenfalls vor- zulegen.

Wer ohne Voreingemerktheit und ohne daß gegen das ethische und gerechte Bestreben der Arbeiter, ihre Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse in geregelte Bahnen zu bringen, diese Wünsche durchführt, der wird zugeben müssen, daß die Strassenbahner nichts Uebertriebenes wollen, daß sie streng in dem Rahmen bleiben, den die übrigen Arbeiter schon längst für ihre Verhältnisse ge- stellt haben. Diese Forderungen sind um so berechtigter, als die Strassenbahn ihren reichen Aktionären noch einen unverhältnismäßig hohen Gemeinwinnt einbringt, auch wenn alle diese Wünsche erfüllt sind.

Das Verhalten der Direktion läßt jedoch leider da- rauf schließen, daß sie ruhig, den Arbeitern gerecht werden den Gedanken nicht zugänglich ist. Noch hatte sie die Forderungen der Angestellten nicht in Händen, da war dieselbe auch schon bei der Hand, die öffentliche Meinung zu fälschen und trefzuführen, um die Ver- strebungen ihres zahlreichen Personals zu distreditieren. Die Arbeiter hatten es unterlassen, einen Bericht über ihre entscheidende Versammlung der Öffentlichkeit zu übergeben. Sie wollten in Ruhe und ohne Aufsehen mit ihrer Direktion die Sache belegen. Die Direktion langte jedoch einen Artikel in den „Schwab. Merkur“, der dann selbstverständlich noch brünnarn in das von fast allen Strassenbahner geleitete „Neue Tagblatt“ und in den „objektiven“ „Staatsanzeiger“ übernommen wurde, nach welchen die Forderungen direkt gefälscht wurden, um den Leuten die Strassenbahner als eine ganz unverständige Gesellschaft erscheinen zu lassen. Das mußte der Direktion aber nichts.

Am 30. Mai wollten die Strassenbahner die Ant- wort der Direktion auf die Forderungen entgegennehmen. Um 12 Uhr Nachts war der Festsaal des Gewerkschafts- hauses gefüllt. Der Gewerkschafts- Vorsteher, Baurath Werner, einige Stadträte, die Arbeitervertreter, Mitglieder des Gewerkschaftsvorstandes und der sozialdemokratischen Landtagsfraktion hatten sich eingefunden, um den Lauf der Dinge aus eigener Anschauung zu beobachten. Der Vorsitzende der Stuttgarter Filiale, Kollege Würste, leitete die Versammlung und wies einleitend die Forderungen der angestellten Kollegen durch die bürgerliche Preise als Ungezurück. Es sei den Strassenbahner nicht ein- gefallen, die Stillstände Arbeitszeit und einen festen Monats- lohn von 150 M. zu fordern. Auf die weit mächtigeren thätigkeitslosen Forderungen aber sei eine Antwort von der Direktion nicht gegeben worden. Inspektor Ott habe sich im Laufe des gestrigen Nachmittags telefonisch an ihn gewandt und seine Vermüdung darüber aus- gesprochen, daß die Angestellten sich durch den Zentral- verband an ihn gewandt hätten. Er lehne es ab, mit Leuten aus Berlin zu verhandeln. Aus Berlin ist jedoch bis jetzt kein „Mitglied“ unter den Strassenbahner er- schienen; mit dem Agitator Schumm, den der „Merkur“ entbehrt hat, ist er gründlich angekommen worden. Da gegen konnte Würste dem Inspektor mitteilen, daß zwar kein Berliner Arbeiter in der Person des Vorstehenden der Münchener Filiale, der Transportarbeiter Herr Döbler erschienen und bereit sei, Namens der Strassenbahner die Verhandlungen mit der Direktion zu führen. Zu- spetor Ott ließ sich schließlich auf die Bitte hin herbei, mit Döbler zunächst telefonisch, dann persönlich zu reden. Es blieb jedoch bei dem negativen Resultat, daß Ott er- klarte: „Mit dem Zentralverband zu verhandeln, das bleibt einfach nicht.“

Döbler, der hierauf das Wort nahm, um über den Verlauf seiner Unterredungen zu berichten, konnte nur bestätigen, daß Ott sich geweiert habe, auch nur über die Forderungen mit ihm zu sprechen, wenn er verhandle nur mit seinen Leuten.“ Ott habe zugestanden, daß das Personal unter Umständen leiden möge, aber ihm seien seither solche nicht zu Ohren gekommen. (Gerade darin, daß „ihre Leute“ sich nicht getrauen dürfen, Beschwerden zu Ohren der Direktion zu bringen, liegt die Lösung des Räthfels, warum eigentlich Herr Ott nur mit dem im Dienst der Strassenbahn stehenden, abhängigen Leuten verhandeln will.) Döbler verlicherte, daß er nichts un- verjucht gelassen habe, um einen Ausweg zu finden, Herr Ott habe aber einen solchen nicht gewollt, sondern rith- tungslos die Lösung der Strassenbahner von ihrem Zentralverband verlangt.

Einen alleinstehenden lokalen Verein will die Direktion der Strassenbahner „gestalten“, aber den Anschluß an den Verband „dündet sie unter keinen Umständen!“ Andere Unternehmer haben demäßig längst die Erfahrung gemacht, daß mit gut zentralistisch organisierten Arbeitern am besten zu verhandeln ist, was die Gewerkschaften regelmäßig in ihren Berichten hervorheben. Treffend betonte Döbler: „Die Direktion weiß, daß ihr schuldlos seid, wenn ihr vom Verband laßt.“ Das haben die Strassenbahner auch begriffen und darum gaben die fünf von ihnen, die als Mitglieder der Kom- mission nach Döbler bei Herrn Ott zugelassen wurden, von vornherein die Erklärung ab, daß sie sich auf kein weiteres Wort einlassen, wenn nicht die Verbandsvertreter zu den Verhandlungen zugezogen werden. Da Ott dies Verlangen abweis, schickten die Verhandlungen.

Würgle und Döbler überließen es der Versammlung, sich über diesen Thatbestand auszusprechen. Einer nach dem anderen belegen hierauf die weitergehärteten Schaffner und Führer das Podium, um zunächst unter maßvollen Beifallsstundgebungen zu erklären, daß bei diesem Stand der Dinge nur die Einstellung der Arbeit übrig bleibe. Man dürfe der Direktion nicht die Zeit zu weiteren Vor- bereitungen lassen, sondern müsse jetzt zur That schreiten. Befestigt in dieser Absicht wurde die Versammlung durch übereinstimmende Erklärungen der Referesführer, der Sonntagsausstillschaffner und der Depotarbeiter, daß sie sich mit dem ständigen Fahrpersonal solidarisch erklären. Mit unbefriediglicher Begeisterung kam so der einstimmige Beschluß zu Stande, heute früh den Betrieb ruhen zu

lassen. In direktem Anschluß daran wurde ferner beschlossen, daß die Versammelten bis Morgens sieben Uhr besonnen bleiben und schließlich, daß sie nur noch unter einem unparteiischen Vorsitzenden, etwa dem Gewerbetlicher mit der Direktion verhandeln wollen.

Frühmorgens rüste der Betrieb, nur wenige Wagen, mit Arbeitswilligen besetzt, verkehrten. Des Nachmittags mußte der Betrieb ganz eingestellt werden.

In den Verhandlungen bewilligte die Direktion folgendes: Normale Durchschnittsarbeitzeit 20 Stunden, aber nicht im Sinne einer Maximalarbeitzeit, 20 Minuten vor Abfahrt des Wagens und 20 Minuten nach Eintreffen des Wagens im Depot bzw. nach Schluß des Abenddienstes des einzelnen Bedienten sind in die 10 Stunden einzuberechnen. Diese Arbeitszeit soll auf der Schwabstrasse Linie am 1. Juli d. J., auf den anderen Linien am 1. Oktober d. J., eingeführt werden. Der Mann für die Dienstleistung soll vor seiner Fertigstellung jeweils mit dem Arbeitsausweis durchzusehen werden, ebenso wird die Anwesenheit an den Stationen zur Arbeitszeit, also in die 10 Stunden eingerechnet werden. Ueberstunden werden mit 40 Pf. bezahlt. Der neunte Tag wird freigegeben. Für Schaffner in der Probzeit 8 Mk. pro Tag, hierauf 90 Mk. im zweiten Jahr 90, im dritten und vierten 96, im fünften und sechsten 99, im siebenten und achten 102, im neunten und zehnten 105, dann jeweils in zwei Jahren 3 Mk. Zulage bis 120 Mk. Für Führer im selben Verhältnis alle zwei Jahre 3 Mk. Zulage bis 180 Mk. Ueber die Lohnzahlung wird schriftliche Abrechnung gegeben.

Der Dienstbefehl, wonach es den Angestellten verboten ist, dem Zentral-Verbande anzugehören, soll aufrecht erhalten bleiben.

Diese Bedingungen, hier nur in ihren wichtigsten Zügen angeführt, konnten die Angestellten nicht annehmen.

Die Direktion versuchte Streikbrecher aus Weidbrom, Elm und Karlsruhe heranzuziehen, den Streikenden gelang es, die Weidzahl derselben wieder zur Umkehr zu bewegen. Verlorenen Montag versuchte die Betriebsleitung, einige Wagen fahren zu lassen. Der Betrieb mußte aber wieder eingestellt werden, da ein tausendköpfiges Publikum jeden Wagen mit Hurrah und Hallelou empfing. Weiteres siehe unter neueste Nachrichten.

Leipziger Allerlei.

Schon wiederholt haben wir in diesem Blatte die trübe Lage der Leipziger Kollfutscher und Speditionen arbeiter geschilbert und haben nachgewiesen, wie dringend notwendig ein Aufheben dieser Kollegen ist, wollen sie, daß sich ihr Loos nur einigermaßen verbessern soll. Aber unsere Brüder und Kollegen in den Speditionen und auf den Kollwagen der Leipziger Spediteure scheinen für ihre eigenen Interessen vorläufig noch blind und taub zu sein, gerade so, als gehörten sie gar nicht zum Volke der sprachmächtig hellen Sachsen.

Weht es nicht gerade, so geht es halt trüben, aber bringt uns nur nicht aus unserer schiefen Genütslichkeit, denken sie leider heute — im 20. Jahrhundert — noch immer die Leipziger Speditionenarbeiter und Kollfutscher. Die Unternehmer können sich wirklich keine zahlreicheren Leute wünschen, keine besseren, braveren, geduldigeren, fleißigeren und demüthigeren Arbeitskräften verlangen, als diese unsere Kollegen es sind. Wahre Musterexemplare arbeitstüchtiger Leute befinden sich darunter, Leute, die sich wirklich unglücklich fühlen, wenn sie nicht tagaus tagein sechzehn, achtzehn Stunden und mehr dem für sie forgenben Unternehmer opfern können. Die Leipziger Spediteure werden gewiß nicht verstehen, ihre treuen Arbeitstüchtigen in späterer Zeit zu belohnen. Der eine oder der andere von dieser Hälfte von den Unternehmern noch zu über, gar höherer Tätigkeit ein papernes Diplom oder vielleicht auch eine silberne Medaille — ein gewisses Anzeichen — zum Dank erhalten. Wohlwollen, um die armen Minder bei gutem Muth zu erhalten, wird der „General-Anzeiger“ das Leipziger Arbeiterblatt, mobil gemacht, um den Kollfutschern den Muth und die Kraft zu schenken. Wenn wir die Vögel des Kollfutscherberufs in der bengalisch Verachtung des „General-Anzeigers“.

„Ein Original!“

Hast Du, lieber Leser, Dir schon einmal einen richtigen Leipziger Kollfutscher näher angesehen? Nein? — Dann thue es, Du wirst bestaunt finden, was ich Dir sage. Der Leipziger Kollfutscher ist ein Muffin und mit dem öffentlichen Leben ebenso verknüpft, wie der Dienstmann oder der Sperling. Dabei ist der Mann von einer Bielesigkeit, die Stannen erregt. Er ist zunächst wohl Kosteleiter, aber dazu noch Aufwaber und Ablaber, Kommisfionär, Gelegenheitsbote, ja schließlich auch der Eisenbahnagent für seine Firma, deren Namen er in den Anfangsbuchstaben, ans Weisung gelangt, an seiner Mißthe trägt. Sein Wagen ist immer unterwegs, von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang und man begegnet ihm in allen Stadtvierteln. Oft hält er Kollwagen bei schlechtem Wetter gerade auf derjenigen Stelle der Straße, die noch einigermaßen trocken zu passen wäre und ebenso oft zwingt uns die über über's Trottoir gelegte Schrottelreiter des Kollfutschers zu halsbrechenden Sprüngen über das Hinderniß, wenn wir es nicht vorziehen wollen, unsern Weg durch den Straßenschutt an den Kollwagen herum zu nehmen. Dabei besteht noch die Gefahr, von irgend einer Kiste, einem Faß oder schweren Ballen erschlagen zu werden.

Alles dies sieht aber den echten rechten Kollfutscher nicht an; er waltet mit unerschütterlicher Ruhe seines gewiß schweren Amtes, einer Ruhe, die nur durch zwei Defizite gestört werden kann: Drogen und Schieberlaren der Markthalle. Welche den Führern dieser in der Großstadt unentbehrlichen Transportmittel, wenn sie einmal verheerlich mit einem Kollfutscher „aucken“. Es ist unglücklich, welchen Vorrath von Schimpfwörtern aus allen Gebieten der Wissenschaft jeder sonst so stille Mann dann von sich geben kann. Dem der Kollfutscher

ist im Grunde eine referierte Natur, aber treu wie Gold und seinem Hause ergeben bis zum letzten Athemzuge. Er ist meistens „von Gardengröße“ und besitzt eine bedeutenswerte Muskulatur. Das Gesicht ist dunkel melir gebräunt und schaut wie ein geistler Müßliß aus der schmerz, großen, geheimnißvollen Lebensgröße hervor, die von Kinn bis zur Erde reicht und an der, wie das Uhrverloque eines Meisen, ein eiserner Haken und ein vielgewundener härterer Strid pendelt. Die Schürze ist groß und dick, daß ein normaler Sterblicher daraus bequem seinen ganzen Jahresbedarf an Stiefeln schneiden könnte, und sie besitzt mehrere große Taschen, die dem Kollfutscher gleichzeitig als Kofschenteller, Seifentammer, Raucheressaire, Geldschrank und — Bureau dienen. Unglaublich, was in diese Taschen hineingekit, und ebenso unglaublich, wie es der Kollfutscher fertig bringt, die heterogensten Dinge in diesen Taschen unterzubringen, ohne daß sie irgend welchen Schaden nehmen. Dabei ist der Kollfutscher gezwungen, mit dieser Schürze, die einen Schmächtig einfach zu Boden ziehen würde, schwere Arbeiten zu verrichten, und zwar den ganzen Tag hindurch.

Ein Nichtstos in täglichen Leben des Kollfutschers sind die verschieden „Entschren“, die er hält. Merkwürdig, daß er alle Dekkulationen der Stadt und der umliegenden Ortschaften kennt. Mit jedem Schritte wechselt er das vertrauliche „Du“ und an jedem Tage weiß er, wo Schlachtfest gefeiert wird. Mit absoluter Sicherheit stellt er sich dann ein, um zu frühkücken; aber sein Weißfleisch und auch seine Kesselschurk, sondern ein halbes Pfund gebacktes Schweinefleisch, das mit Salz und Pfeffer gehörig durchgearbeitet, mit einem beweienswerthen Appelt verzehrt und im Magen reichlich mit Spiritus durchseht wird. Denn Spiritus konseroirt, wie Professor Birdow sagt.

Al das Frühkücken beendet, dann preißt der Kollfutscher unter seine Wäsche, wo sich außer einigen Gllfrachtbriefen sein Bazarvorrath befindet. So, die Bazarvorrath brennt. „De Wilhelm!“ „M' Morgen, Heinrich, bald wieder!“ Und weiter geht es, so ehrlicher, treuer Arbeit! „So sollt' es sein — doch — es wär' ja schön gewesen, schon stellen sich die Weiber ein. Das ist roienfarbene Boesle, nicht Wirklichkeit, und zur Ernüchterung unserer Leser wollen wir gleich die Prosa folgen lassen. Da findet ein Herr S — schade, daß der Herr sich nicht offen Farbe zu bekennen traut, — daß die Kollfutscher eigentlich zu viel verdienen, parbon, sich ein paar Groschen erbeten müssen. Er schreibt dem „General-Anzeiger“.

In Ihrem heutigen reizenden Lokalbild über die Leipziger Kollfutscher möchte mir noch vom wirtschaftlichen Standpunkt eine Vermerkung erlauben. Sie betrifft das ungebührliche Trinkgeld, auf welches die Voten des Werturs glauben von dem Empfänger des Kollgutes ebenso einen berechtigten Anspruch erheben zu dürfen, wie die Herren Kellner für ihre Dienste in den Restaurants. Der Spediteur berechnet ohnehin schon für das Abrollen einen (im Verhältnis zur Eisenbahnfracht) ziemlich hohen Lohn. Al derselbe nicht auch verständig, seine Kollfutscher und Kollknechte so zu belohnen, daß sie auf diese Trinkgelber, die längst obligatorisch geworden, verzichten können?

Ich möchte aber den Kaufmann oder privaten Empfänger eines Eisenbahnkollis leben, der es wagen würde, dem Kollfutscher den „unfamemäßigen“ Mittel zu verweigern! — Der möchte bei der nächsten Abholung seiner Güter sehen, wo er dieselben findet! — Könnte dieser im Verkehr eingerechneten Unlust nicht ebenso gesteuert werden wie bei den Trinkgelbern in den Gastwirthschaften? Welchen anderen Kaufleuten fällt es denn ein, ihr Bedienungspersonal auf freiwillige Gaben des Publikums anzuweisen?

Ja, da steht eben der Hase im Pfeffer, daß die Spediteure ihre Leute so schandmäßig — man verzeihe dem wenig salommäßigen, aber einzig treffenden Ausdruck — entlohnen, daß diese ans Trinkgeldbettelchen angewiesen sind. Der Herr sollte sich daher an die richtige Schmiede wenden. Alle guten Dinge sind bekanntlich drei. Deshalb soll noch ein weiterer Einsender an den „General-Anzeiger“ zum Wort gelangen, ein Mann, der von der Sache etwas zu verstehen scheint, der deshalb den Haasel schon halbwegs auf den Kopf trifft. Er schreibt:

Der Anfall über den Leipziger Kollfutscher in Nr. 100 Ihres geschätzten Blattes und ganz besonders das darauf Bezug habende Eingefand in Nr. 101 bedürfen einer Nachbetrachtung. Ihr Berichterstatter hat ja eine ganz prächtige Darstellung einzelner Momente aus dem Leben eines Kollfutschers gegeben und die Thatsache, daß er in den sogenannten Kollfutscherreisen jeden Tag die Wohnstimmung machen kann, muß ohne weiteres zugegeben werden. Wenn aber dadurch der Schaden erwekt wird, daß jeder Kollfutscher jeden Tag so lebt, so ist das keinesfalls richtig.

Gewiß muß jeder Kollfutscher, wenn er die geschulderte schwere Arbeit von früh bis Abends verrichten soll, auch etwas Ordentliches essen. Daß er dabei auch Alkoholika genießt, ist wohl nicht zu verurtheilen. Wenn die Antialkoholbewegung größere Fortschritte gemacht haben wird, wird er später auch vielleicht davon absehen. Daß er sich darin nicht übernehmen darf, ist sicher, denn sonst würde er seinen Dienst nicht ordnungsgemäß verrichten können und über kurz oder lang seine Woll ausgestellt haben.

Was nun das Eingefand betrifft, so hätte der Herr Einsender sich erst einmal nach den thatsächlichen Verhältnissen erkundigen sollen, bevor er sich öffentlich beschwert.

Es besteht hier in Leipzig — und wohl auch anderwärts — die Einrichtung, daß sämtliche mit der Bahn eingehenden Güter und Stücker mit einzelnen Annahmen, wie: Möbel n. dgl., dem Empfänger ohne weiteres bahnfrei zugestellt werden, sofern er nicht vorher anders darüber verfügt hat. Bahnfrei wird auch das entsprechende Abfuhrlohn dafür berechnet. Dieses sogenannte Kollgeld ist aber nur eine Vergütung für das Zufahren bis vor die Kautschür, wohingegen der Kollfutscher für das Verbringen (auch Abholen) des Gutes

in die Wohnung den sogenannten Einschlag zu fordern berechtigt ist. Hierfür sind von den Eisenbahnverwaltungen Taxen festgesetzt, die der Kollfutscher zu überschreiben sich wohl hüten wird, da er sonst keine Entlastung zu gewärtigen hätte. So hat er z. B. für das Abrollen von Gütern im Gewicht bis zu 150 Kilogramm nach dem Hofe 10 Pf., dem 1. Stock 15 Pf. und für jede weitere Treppe 5 Pf. mehr zu verlangen. Die gebrauchte Taxe muß er stets bei sich führen und auf Verlangen vorzeigen. Von einem „unfamemäßigen“ Trinkgeldfordern kann mithin keine Rede sein und das „Salair“ des Kollfutschers ist mit Rücksicht auf diesen Einschlag ein so niedriges, daß wohl mancher, der die Verhältnisse nicht kennt, den Kopf schütteln wird, wenn er hört, daß das Wochenlohn eines solchen Bahnauffäders im Durchschnitt nicht mehr wie 12 Mk. beträgt.

Daß der Kollfutscher nun tagsüber eine tüchtige Kuhre Güter möglichst an Empfänger im 4. Stock abzuliefern, so kann er ja einen hübschen Wagen zusammenhängen. Aber an manch anderen Tagen muß er eine magere Kuhre fahren oder andere Arbeit verrichten, dann bläst er Erbsal und muß sich nach der Dece strecken.

Das ist Wahrheit, reine Wahrheit, das sind nackte Thatsachen, sie klingen freilich herzlich wenig poetisch und anheimelnd. Die Wahrheit zeigt sich immer im rauhen, schlichten Kleide, nicht wie die gleichende Lüge mit allen Fittertand behangen.

Leider sind die Arbeitsverhältnisse der Leipziger Kollfutscher noch wesentlich düsterer Natur. Diese zu beleuchten, sie in ihrer ganzen abschreckenden Belastung zu zeigen, das ist nur Jemand im Stande, der selbst mal auf dem Bod eines Leipziger Kollwagens gesessen hat. Unmenslich lange Arbeitszeit, geringer Lohn, große Kakerke und trotzdem Noth und Glend, das ist die kurze Kennzeichnung der Verhältnisse der Kollfutscher und Speditionenarbeiter. Wir haben diese Schöneheiten wiederholt bis ins ausführlichste Detail geschildert, und nur deshalb erübrigt es sich, nochmals des Näheren darauf einzugehen.

Aber „wie Du Dich betest, so schläft Du“, so sagt schon ein altes Sprichwort, das man — leider — auf die Leipziger Speditionenarbeiter mit allzu großem Rechte anwenden kann. Die Kollegen haben noch nichts unternommen, um sich diese drückende Noth zu erleichtern. Es scheint, als ob sie sich desto mehr fühlen, je größer und schwerer die Last ist, die sie zu tragen haben.

Nur vereinzelt gehören die Kollegen der Organisation an. Die Mehrzahl hängt mit Leib und Seele an einem Klubbin-Verein, der, vor etwa 10 Jahren gegründet, noch nie etwas für sie, außer kleinen Unterstufungen in Krankheitsfällen, gethan hat. Dieser Verein und seine Leitung steht mit den Prinzipalen auf dem denkbar besten Fuße, und daher ist es begreiflich, daß er niemals die Interessen seiner Mitglieder gegen die Unternehmer wahrnehmen darf.

Dieser Verein läßt sich von den Unternehmern noch unterfuchen, er empfängt Almosen von ihnen, er darf daher auch nicht im geringsten gegen den Staat leben. Am 1. Mai d. J. fand die Welp einer „weih-grünen“ Jubee statt, die der Verein sich aus gesammeltem Geldern gefestigt hatte, dabei wurde auch ein ungerühmtes Festgeld getragen, dessen letzte Strophe hier wiedergegeben sei, weil sie uns einen Blick in die Köpfe der Leipziger Speditionenarbeiter thun läßt, weil sie uns zeigt, wie unendlich traurig und düster es in ihnen bedauerlicher Welp noch aussieht. Die Strophe lautet:

Mad hätten wir was vernehen,
Was uns sehr an Dersgen liegt,
Das sind unsere Prinzipale,
Welche unter uns hier sind.
Sie haben auch mit beigetragen
Zu des heutigen Festes Her,
Darum sollen die Gueß hochleben,
Denn ihr Geld ist auch kein Welp.
Doch! Doch! Doch!

So tief also, Leipziger Speditionenarbeiter, so tief seid Ihr gekunkelt!

Nehmt mir's nicht übel, daß mir unwillkürlich bei dem Genuß dieser Strophe Heinrich Heine's Lied einfiel, das da so schön sagt:

O, Du grundigste Mutter Natur,
Du Spenderin alles Geln,
Gieb doch den deutschen Micht nur
Noch einen Schweiß zum Wekeln.

Die Leipziger Speditionenarbeiter und Kollfutscher gehören zur Spezie's Mensch. Sie sind nicht als Amphibien, als Kriechthiere zur Welt gekommen. Wägen sie sich nun endlich auf ihre Wohnstimmung befinden und sich nicht länger als bedürfnislose Arbeitsthiere den Unternehmern hingeben.

Rafft Euch auf, Kollegen, so lange es noch Zeit ist. Bedeut die Zukunft Eurer Familien, Eurer Kinder. Oder wollt Ihr, daß diese später nur des Lebens Mühen, aber nicht dessen Freuden genießen sollen? Kommt Ihr wirklich so brutal, so hartberzig, so wenig menschlich an Euren Kindern haubeln?

Nein! Gemüß nicht! So herlos seid Ihr doch nicht! Deshalb tretet ein in unsere Reihen, schließt Euch unserm Verbande an, dann, aber auch nur dann, wird Euch und Euren Lieben eine bessere, freudigere, sorgentlozere Zukunft blühen!

Eine Bankonferenz für Thüringen und Hessen

fand am zweiten Pfingstfeiertag in Erfurt statt. Vertreten waren 13 Verwaltungsstellen, und zwar: Arnstadt durch Koll. Treßlich, Gotha durch Müller, Erfurt durch Roholdt, Gera durch Pfeifer, Jena u. a. durch Schulze, Jena durch Köhler, Kassel durch Müller, Nordhausen durch Strohmeyer, Saalfeld durch Wächter, Sangerhausen durch Knab, Sonneberg durch Kümme, Suhl durch Wenz, Weimar durch Bartel, Zeitz durch Schröder. Der Vertreter der Verwaltungsstelle Sonne-

ihn bei seiner Tätigkeit fördern. — Dies wäre eine Willensleistung aus den zwei ersten Kontrollen, denen weitere folgen werden. Hoffentlich sind dieselben auch insofern für uns von Nutzen, indem sie unseren Kollegen bessere Einblicke in Arbeitsverhältnisse bringen. Der beste Lohn aber, den sich die Kommission hierfür erbittet, wäre der, daß sich sämtliche Kollegen in Brauereien, Maschinenbau- und Mineralwasserfabriken in unserer Verband an schließen möchten. Aufnahmen erfolgen jederzeit im Bureau; Koburger Hof 11 bei F. Schmidt. Alle die Kommission betreffenden Angelegenheiten sind zu richten an F. Gräfe, Konsum-Verein Leipzig-Plagwitz.

Droschkenkutscher.

Berlin. In den Tod getrieben. Der Droschkenkutscher August Gutschmidt aus der Inslerbürgerstraße 17 wurde kürzlich wegen Tarifüberschreitung zu neun Mark Strafe verurteilt, obwohl er behauptete, unschuldig zu sein. Als er nach Hause kam, fragte er seiner Frau, daß es keine Gerechtigkeit mehr gebe. Am anderen Morgen nahm er mit der Bekleidungs-, auch noch den Fahrchein zu verlieren, von seiner Frau Abschied und sagte, er möchte am liebsten nicht mehr leben. In der nächsten Nacht fand eine Schutzmansspatrouille seine Droschke Nr. 4856 führerlos auf der Michaeliskirchebrücke stehen. Mantel und Besätze des Kutschers lagen auf dem Boden. Die Beamten suchten die Umgebung der Brücke ab und fanden das sonst ganz beschattete Gelände mitten auf der Brücke in Manneshöhe landreich. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sich Gutschmidt in die Spree gestürzt hat. Seine Leiche ist noch nicht gefunden. Mit seiner Wittwe trauern zwei Kinder im Alter von 8 und 9 Jahren über den Verlust ihres Ernährers.

Dresden. Die hiesigen Droschkenkutscher haben seinerzeit sieben Droschkenführer auf sechs Monate ausgesperrt, weil selbige in einem gedruckten Zirkular ihre Kollegen zur Organisation aufgefordert und dabei die Unternehmer etwas herb charakterisiert hatten. Unser Verband hat die Gemahregelten mit 12-16 Mark pro Woche unterstellt. Zwei Droschkenführer wurden nach drei Monaten von den Unternehmern „begnadigt“, für die anderen fünf war am 15. Mai die Zeit der Aussperrung — sechs Monate — vorbei. Vier davon waren bereits anderweitig untergebracht. Keiner brannte beim Droschkenkutscherverein einen Fußfaß zu thun und um Gnade zu bitten. Deshalb glaubten die Droschkenkutscher, daß ihr Nachgeklagt nicht genügend abgeklagt sei, und sie beschloßen am 14. Mai Abends die fünf Gemahregelten überhaupte nie wieder zu beschäftigen. Aber dies Bescheid wurde nicht beachtet, und nur einer der Ausgesperrten etwa beschäftigt, pro Tag 3 Mt. Konventionallohn.

Unser Verband wollte keine Mittel scheuen, um die Rechte der Droschkenkutscher zu wahren. Deshalb fand am 30. Mai in den Reichshallen, Kalnsstraße 13, eine Droschkenführer-Versammlung statt, welche die weiteren Schritte beschließen sollte. Leider waren von den sämtlichen Dresdener Droschkenführern nur ca. 70 Mann erschienen. Hott Oswald Schumann aus Berlin ging auf die ganze Angelegenheit nochmals näher ein und betonte, daß die Droschkenkutscher auf Grund § 829 des Reichsstrafgesetzbuchs bestraft werden müßten, indem dieselben in einer guten und gute Sitten verletzenden Weise Anderen Schaden zufügen. Nachdem sich eine Anzahl Kollegen darüber noch ausgesprochen, wurde folgende Resolution einstimmig zum Beschluß erhoben:

„Die heute am 30. Mai 1902 in den Reichshallen tagende öffentliche Droschkenführer-Versammlung verurteilt aufs Schärfste den Beschluß der Droschkenkutscher, einige Droschkenführer auszusperrern, als gegen jedes Recht und gute Sitten verstoßend. Die Versammelten fordern, daß die gegenwärtigen Verwaltungsbehörden und eine Vernehmlichkeitskommission eingesetzt wird, welche zur Hälfte aus Droschkenkutschern und Droschkenführern besteht. Die Vertreter der Droschkenführer müssen von der Gesamtheit der Dresdener Droschkenkutscher durch geheime und direkte Stimmabgabe gewählt werden.“

Die Versammelten bekräftigen unendlich, daß es infolge der Teilnahmslosigkeit und Denkschwäche eines Teiles der Dresdener Droschkenkutscher zur Zeit unmöglich ist, den Droschkenkutschern die ihnen gebührende Antwort zu geben. Die Anwesenden verpflichten sich, nach wie vor die Organisation hoch zu halten und nicht eher in der Agitation nachzulassen, bis auch der letzte Dresdener Droschkenkutscher für den Organisationsgedanken empfänglich geworden und sich dem Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands als Mitglied angeschlossen hat.“

Schon beim Beginn der Versammlung, als ein Kollege den Antrag stellte, die Versammlung auf 1/2 Stunde zu vertagen und der überwundenen Beamte dies verbot, kam es zu unlieblichen Auseinandersetzungen, die für den Beamten wenig schmeichelhaft waren. Was nun im Bunde „Gewerkschaftliches“ einige Arbeiter nochmals auf diese Sache zurückkommen, wurde der Beamte äusserst nervös und entzog den Kollegen Müller und Döhme ohne Weiteres das Wort. Kollege Schumann meldete sich hierauf zum Wort und betonte auf das Nachdrücklichste, daß der Beamte sich an den Vorsitzenden zu wenden habe. Derartige Wortentziehungen sind unangeleglich. Daß der Beamte dabei nicht gut wozumal, ist selbstverständlich. Die Anwesenden schickten Schumann ostentativ Weisfall, worauf der Beamte die Versammlung auflöste.

Eine wenig rühmliche Rolle spielte bei dieser Versammlung der allegorische Droschkenkutscher, jetziger Taxameterkutscher und Kaffier des lokalen Droschkenführervereins Gustav Wolff. Derselbe arbeitet seit Jahren mit unerschöpflichen Mitteln gegen unseren Verband und hatte sich nahe vor dem Eingang zum Versammlungsort postiert, um die Ankommenden vom Besuche abzuhalten. Während der Versammlung erschien Wolff mehrmals an der Saalbüre, um durch deren Glascheiben deren Verlauf zu beobachten. Auch nach Schluß der Versammlung hatte sich Wolff in die nebenan gelegene Bürgerstraße gesetzt, um durch

die offene Thüre die Erschienenen zu beobachten. Auf alle Fälle besorgte Wolff Spitzdienste für die Droschkenkutscher. Wohl bekomme ihm sein Lohn.

Königsberg. Ein herrliches Kutscherleben ober richtiger gesagt, ein wahres Hundeleben führen die Taxameterkutscher der hiesigen Fuhrergesellschaft, in der Herr Doet als Direktor seines Amtes waldet. Die Gesellschaft zahlt ihren Kutschern für sechs Arbeitstage 10,30 Mt. pro Woche und Spatzenlohn 42 Pf., bleibt 9,88 Mt. pro Woche; außerdem erhalten die Kutscher neben freier Kleidung (Out, Rock und Mantel) 10 Mt. der Einnahme. Da bei der großen Ausdehnung des Straßenbahnnetzes und der großen Zahl von Taxameter-Fuhrwerken, das Geschäft schlecht geht und die Kutscher öfter halbe Tage warten müssen, bis sie Sandgeld bekommen, ist es sehr erklärlich, daß bei der Provision nicht viel herauskommt. Der Durchschnittslohn beträgt ungefähr 14,50 Mt. bis 15 Mt. pro Woche. Die Arbeitszeit ist auch nicht eine kurze zu nennen; die Kutscher sind verpflichtet, in der Zeit vom 1. April bis Ende September um 7 Uhr, vom 1. Oktober bis Ende März um 8 Uhr Morgens auf den Halteplätzen anzufahren, müssen also mindestens um 6 Uhr auf dem Hof sein, denn sie haben noch Wagen zu waschen und Geschir zu putzen. Die Einstellung der Fuhrten darf vor 10 Uhr Abends nicht erfolgen. Ferner sind die Kutscher angewiesen, auf Verlangen Fuhrten bis 11 Uhr anzunehmen, macht also den Tag 15 bis 16 Stunden Dienst. Die Woche von sechs Tagen 96 bis 100 Stunden für einen Durchschnittslohn von 14,50 Mt. bis 15 Mt. Das ergibt einen Lohn von über 16 Pf. die Stunde, diesen Lohn verdienen Männer, die in der Vollkraft ihrer Jahre stehen, zum größten Teil verheiratet sind und Frau und Kinder zu ernähren haben. Da haben wir der Königsberger Fuhrergesellschaft wohl garnicht unrecht getan, wenn wir behaupten, daß ihre Kutscher ein wahres Hundeleben führen.

Die Wohnungsmieten und Lebensmittelpreise sind hier am Orte eben so hoch, zum Teil noch höher, wie in anderen Orten Deutschlands. Wir möchten dem Herrn Direktor Doet einmal raten, er sollte selbst den Versuch machen, mit diesem Lohn, den er seinen Kutschern pro Woche zahlt, zu wirtschaften, vielleicht könne er dann zu der Einsicht, daß dieses ein Ding der Unmöglichkeit ist. Nun wären die Kutscher aber schon sehr froh, wenn sie nur diese 14 bis 15 Mark wöhl ausgezahlt bekämen, aber das glaubt, der Herr sehr wohl.

Die Direktion der Fuhrergesellschaft hat in § 15 ihres Statuts einen ganzen Haufen von Strafen aufgeführt, die uns der Mann garnicht erlaubt, alle anzuführen. Es werden für jede geringste Kleinigkeit Strafen abgezogen. Einige Lohnzettel, auf denen die Strafen vermerkt sind, liegen uns vor. 3 Pf. für Fehlen ohne Abmeldung 2 Mt. für Galten vor der Kasse 1,50 Mt. u. s. w. Auch müssen die Kutscher 30 Mt. Kaution stellen, wenn diese nicht hat, dem wird pro Woche 1,50 Mt. vom Lohn abgezogen, da kann es wohl vorkommen, wenn die Kutscher abrednen, mancher noch Geld von Hause mitbringen muß, wenn er welches besitzt.

Wo alle die Strafgebühren hinfließen, haben wir zu erfahren uns vergebens die Mühe gemacht. Im ganzen Statut steht davon nichts. Herr Doet zieht seinen Kutschern auch den Lohn für den Tag ab, an welchem sie ihrer militärischen Pflicht genügen müssen, 3 Pf. wenn sie zur Kontroll-Versammlung gehen. Als ein Kutscher seinen Lohn für diesen Tag verlangte, war Herr Doet darüber ganz verwundert und sagte darauf, da sind Sie mir doch wirklich der Erste, der sich erlaubt, für diesen Tag Lohn zu verlangen. Ob derselbe Kutscher seinen Lohn bekommen hat, ohne beim Gewerbeamt zu klagen, haben wir nicht erfahren, auf dem Gewerbeamt ist Herr Doet sehr gut bekannt. Alle sieben bis zehn Tage haben die Kutscher einen Tag frei, für denselben gibt es keinen Lohn. Wenn die Fuhrergesellschaft ihren Kutschern Wochenlohn zahlt, muß nach dem Bürgerlichen Gesetz auch der freie Tag bezahlt werden. Nicht genug aber, daß die Leute den freien Tag nicht bezahlt bekommen, sie müssen auch noch den Tag vorher 2 Stunden länger fahren, wie an anderen Tagen. 3 Pf. ein Kutscher hat Sonnabend frei, so muß er am Freitag statt bis 10 Uhr Abends bis 12 Uhr fahren, für diese beiden Stunden wird wieder der nicht bezahlt. Wird durch Karamollagen mit der elektrischen Bahn oder mit Kollonagen Wagen oder Geschirre beschädigt, so werden den Kutschern auch wieder die sehr hohen Reparaturkosten abgezogen, obwohl manndmal die Beschädigung des Wagens oder Geschirres garnicht der Rede werth ist. Die Polizeistrafen sind hier am Orte auch nicht sehr knapp. Es wäre wohl angebracht, ein Visum mehr Rücksicht auf die armen Kutscher zu nehmen, die schon so wie so wenig genug verdienen, manndmal mehr der Kutscher nicht einmal was er verdient hat, wenn er einen Strafzettel von 3, 6, ja bis zu 10 Mt. zugeschiedt bekommt. Da kommt manch armer Teufel, der Hunger hat und die Geldstrafe nicht zahlen kann, aus dem Mitleiden garnicht heraus. Die Schicksale sind in vielen Fällen nur die Nummer des Wagens an, ohne daß der Name des Führers festgelegt wird, da ist es leicht möglich, daß ein Unschuldiger die Strafe zahlen oder ins Loch spazieren muß.

Wie es bei der langen Arbeitszeit und dem niedrigen Lohn mit den Familienverhältnissen der Königsberger Taxameterkutscher beschaffen ist, kann sich wohl jeder Leser selbst denken. Die Mißstände könnten alle beseitigt werden, wenn die Kollegen Taxameterkutscher einig sein würden. Sie müssen fest und tren zusammenhalten und sich der Organisation anschließen, wie es in anderen Städten der Fall ist. Die Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter hatte sich im verfloßenen Jahre alle Mühe gemacht, auf dieses Gebiet Hinderung zu schaffen, aber an der Gerechtigkeit und Gleichgültigkeit der Kollegen ist die Sache gescheitert. Versuchen sich die Kollegen und kommen zur Organisation, so sind wir gern bereit, sie wieder mit Rath und That zu unterstützen. Nur eine kranke Organisation ist in der Lage, den Kollegen ein menschenwürdiges Dasein zu bereiten. Den Kollegen der städtischen elektrischen Straßenbahn seien diese Zeilen auch zur Lesüre empfohlen.

Fensterputzer.

Berlin. Die Ortsverwaltung der Fensterputzer hielt am Sonntag, den 11. Mai, in den Arminalhallen eine auch von den Frauen gut besuchte Versammlung ab. Kollege Schumann sprach über „Die moderne Lohn-Flaverei und ihre Folgen für das Familienleben der Arbeiter unter besonderer Berücksichtigung des Fensterputzerberufs“. Der Vortrag wurde von Seiten der Anwesenden mit regem Interesse verfolgt und schloß sich hierauf eine kurze Diskussion.

Beim 2. Punkt, Wahlen, wurde an Stelle des wegen Berufswechsels aus der Ortsverwaltung scheidenden Kollegen Wilh. Leuchter der Kollege Fritz Rafe und als Delegirter in die Berliner Gewerkschaftskommission der Kollege Wilhelm George gewählt. Nachdem noch einige Kollegen aufgenommen sowie verschiedene Verbandsangelegenheiten erledigt, wurde die Versammlung geschlossen. Ein von der Ortsverwaltung arrangiertes schriftliches Besamensein mit Tanz stellt die Kollegen mit ihren Frauen und Gästen noch einige Stunden belassen und wurde von allen Seiten die vollste Zufriedenheit mit dem Verlauf der Versammlung erklärt.

Chemnitz. Am hiesigen Orte sind in ganzen etwa 25-30 Kollegen beschäftigt. Obwohl eine Veranmlung bisher nicht zu Stande kam, ist es doch gelungen, einen kleinen Stamm von Kollegen der Organisation zuzuführen. Die Arbeitsverhältnisse der Kollegen sind derart, daß diese alle Ursache haben, sich dem Verbands zwecks Besserung jener anzuschließen. In einem hiesigen Kaffeehaus, das den stolzen Namen „Saronia“ führt, bekommen die Kollegen fast regelmäßig des Sonntags nur eine Wöhltagzahlung und werden mit dem Rest auf Montag vertröstet. Mandmal ist der neue Wöhltag bereits wieder fällig, ehe der Rest des alten beglichen ist. Die Organisation wird mit solchen Zuständen nicht aufkommen, nur müssen die Kollegen sich vorerst entschließen, ihr beizutreten.

Dresden. Am 12. Mai tagte eine mächtig besuchte Versammlung der Fensterputzer. In seinem Vortrage: „Wie verbessern die Fensterputzer ihre Lage“, führte Kollege Richter aus Chemnitz in überzeugender Weise den Versammelten die Mißere ihres Berufs vor Augen. Lehrender Beifall lohnte diese und ebenso seine über: „Meinweilertum, Brusttaffensüssen und Stundenlohn“ gemachten Ausführungen. Unter „Verständlich“ regten die Bedenklichen Kollegen die Schaffung einer Lohnkommission mit dem Hinweis auf das Ausbittensystem des Herrn Becker an. Auch die Straffensverhältnisse der Saronia wurden einer eingehenden Würdigung unterzogen. Die gewünschte Lohnkommission wurde den Betrieben entsprechend, ebenso wie ein Vergütungskomitee, einstimmig gewählt. Die beherzigenswerthen Hinweise des Kollegen Richter, das moralische Verhalten der Kollegen betreffend, sowie der erneute Hinweis des Kollegen Müller, daß nur mit Hilfe einer kranken Organisation die mannigfachen Mängel zu beseitigen seien, bildeten den Schluß der Versammlung.

Handelsarbeiter.

Berlin. Markthallen-Arbeiter. Unter den Arbeitern der Zentralmarkthalle, welche bis zur Zeit einer Organisation noch nicht angehörien, herrschte zur Zeit eine rege Agitation zwecks Anschluß an unseren Verband. In einer Versammlung, welche am Sonntag, den 25. Mai, bei Ratt tagte, sprach Kollege Steinicke über den Werth der Organisation, worauf 40 Kollegen ihren Beitritt erklärten. Die Arbeitsverhältnisse dieser Kollegen lassen viel zu wünschen übrig. Bei einer Arbeitszeit von 16 bis 20 Stunden erhalten dieselben zum größten Teil einen Wochenlohn von 18-21 Mt. Vieles bezahlen die Händler den Lohn nach Willkür aus. Nicht selten kommt es vor, daß ein Unternehmer unseren Kollegen, welche 20 Mt. zu fordern haben, nur 15 Mt. pro Woche auszahlen, mit dem Hinweis, das Geschäft sei schlecht gegangen. Niemand ist es dagegen vorgekommen, daß bei guten Geschäftsgänge etwas mehr bezahlt wurde. Eine derartige Willkür können die Herren Großhändler aber auch nur bei unmorgensüchtigen Arbeitern sich erlauben. Organisirte Arbeiter werden in solchen Fällen, geküßt auf ihre Organisation, ihr Recht zu suchen wissen. Auch die Behandlung ist eine der Verbesserung recht sehr bedürftig. Hier wird, wenn die Kollegen einigermassen zusammenhalten, durch die Organisation eine Besserung herbeigeführt werden.

Transportarbeiter.

Barmen. Endlich kommt wieder etwas Leben in die Kollegen. Auch diejenigen, welche dem Verband unrein geworden, sehen ein, welchen Fehler sie damit gemacht haben; sie kehren zurück und treten dem Verbands wieder bei. Die letzten Versammlungen waren entsprechend besucht. Am 4. Mai wurden allein 12 neue Mitglieder aufgenommen. Das steht fest, wenn die Kollegen, welche jetzt für den Verband mit thätig sind, so weiter agitieren, so wird Barmen in kurzer Zeit überfüllt in der Zahl der Mitglieder einholen. Die vielen fanalen Ausreden, welche so oft von Berufsangehörigen gemacht werden, es sei keine Eingabe da, die sollten sich ein für alle Mal gefast sein lassen, daß sie erst mal dem Verband beitreten sollen, dann kommt die Eingabe von selbst.

Vom Reichs-Versicherungsamt ist uns a f die im „Courier“ seiner Zeit veröffentlichte Eingabe unseres Verbandes betreffend die entsprechende Abänderung der Unfallversicherungs-Vorschriften, bezw. fester Kutscherberuf und sicher wirkender Vrenfen folgender Weise zugegangen:

„In den Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, hier.“

Auf die Eingabe vom 14. März 1902. Das Reichs-Versicherungsamt hat den Inhalt der Beschwerde einer eingehenden Förderung unterzogen und das Erforderliche veranlaßt. Die hier zur Sprache gebrachte Angelegenheit selbst wird dadurch, daß dem Gesuche des Vorstandes

der Section IV der Fuhrwerks-Versicherungsgesellschaft, das Zutrittstreten der Polizei-Verordnung vom 17. Mai 1901 weiter hinauszuführen, keine Folge gegeben worden ist, für das Reichs-Versicherungsamt als erledigt angesehen.

Welche Maßnahmen die Berliner Fuhrerzinnung gegenüber der bezeichneten Polizei-Verordnung ergreifen hat, entzieht sich der Nachprüfung des Reichs-Versicherungsamtes, da die Fuhrerzinnung der diesseitigen Aufsicht nicht unterstellt ist.

Im Uebrigen wird bemerkt, daß das Reichs-Versicherungsamt der Frage, wie durch Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften auf eine Verminderung der Unfälle hinzuwirken sei, fortgesetzt seine besondere Aufmerksamkeit zuwendet.

Das Recht, Versicherungsgesellschaften zur Annahme einzeln oder bestimmter Unfallverhütungsvorschriften anzuhalten, steht allerdings dem Reichs-Versicherungsamt nach der gegenwärtigen Lage der Gesetzgebung nicht zu (zu vergl. Statistographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, 10. Legislaturperiode I. Session 1898/1900, 6. Anlageband Nr. 708 A Seite 4502).

(Gabel.)

Da also das Reichs-Versicherungsamt, wie die Zuschrift herabhebt, nicht betreffend in der Sache vorgehen kann, muß es Aufgabe unserer Kollegen nach wie vor sein, die örtlichen Polizeibehörden zu entsprechenden Verhandlungen zu veranlassen.

Bremen. Wie Herr Leopold, Direktor der Raiffeisner, die Raiffeisner-Pflege übt, erfährt man aus einer neuen aus der Verhandlung einer Klage, die der frühere Schaffner Sch. gegen den obengenannten Herrn Direktor vor dem Gewerbegericht angehängt hat. Die eigentliche Ursache der Klage ist wieder der schon oft an dieser Stelle genannte famose Anstellungsvertrag, ein Weisternwert-Institutler Abbotantenfall. Wir hatten Gelegenheit, aus Herrn Leopolds Munde zu hören, daß dieser Vertrag von dem berühmten Rechtsanwalt Herrn Hausmann verfaßt worden ist; wir müssen sagen, wenn der Verfasser „berühmt“ ist, so ist sein Nachwert, der Vertrag, berüchtigt. In der nächsten Zeit werden wir uns mit dem Vertrag noch ein wenig eingehender beschäftigen, um untererseits keinen Zweifel darüber zu belassen, warum wir ihn kürzlich in Verbindung mit dem Namen eines von Schaffner gezeichneten tüchtigen Juden brachten. Der Fall, um den es sich heute handelt, liegt wie folgt: Der Kläger Sch. hatte am 8. Oktober 30 Quittungen zum Entlassung erhalten, die er aber bis zum Feiertag nicht vollständig erledigen konnte. Er lieferte an demselben Abend das einstuftige Geld und die übergebenen Quittungen nicht ab, weil er wegen des schlechten Wetters zum Kleinbahn nach Alenthal, wo er wohnte, wollte, und die Zeit drängte. Er verpaßte trotzdem den Zug, weil er erst 8.20 Uhr vom Bureau fortkam und der Zug schon 8.25 Uhr fuhr. Er begab sich nun zu Fuß nach Hause. Auf der Wanderung nach Alenthal hatte er auf der Vorpostenstraße einen Zusammenstoß mit einem Radfahrer, infolgedessen er nach seiner Angabe am Magen verletzt wurde und zwar so, daß er am anderen Morgen um 4 Uhr nicht, wie er es mußte, zu rechter Zeit aufstehen konnte. Am 9. Oktober gegen 9 Uhr Morgens bekam ich ein Telegramm von der Raiffeisner, wo erklärt der Kläger, das mich aufforderte, das Geld abzuliefern; ich habe mich sofort hingelegt und die Abrechnung gemacht, was bis zum Nachmittag dauerte, dann habe ich meine Frau mit dem Gelde zur Stadt geschickt. Diese konnte aber erst mit dem Zuge um 7 Uhr Abends fortfahren. Wenn der Beklagte behauptet, daß am abgelaufenen 6.15 Mt. geschickt haben, so mag es ja möglich sein, daß ich mich verrechnet habe, ich glaube es aber nicht. Daß ich den angeblichen Fehlbetrag ersetzt habe, ist richtig.

Der Vertreter des Beklagten meint nun, der Mann hätte das Geld am Abend des 8. Oktober abliefen können, da er den Zug ja doch einmal verpaßt hätte. Ebenso hätte er die nicht einstuftigen Quittungen abliefen müssen. Den Zusammenstoß mit dem Radfahrer habe der Kläger nicht nachweisen können. Als auf das erste Telegramm keine Antwort einging, wurde ein zweites abgeschickt, das aber später als unbestellbar zurückkam, weil die Zeitung nicht in Ordnung gewesen ist. Als keine Antwort kam, wurde Werbung an die Genbarnerie in Alenthal erlassen, die dem Abends zurückgezogen wurde, als die Frau des Klägers alles ablieferte. Der Schaden des Herrn Leopold besteht nun in folgenden: Direktor Schaden ist nicht ermessen, aber ein indirekter Schaden, weil eine Angestellte, die den Kläger zu kontrollieren hatte, dies aber nicht getan hatte, deswegen entlassen wurde. Weil ferner an ihrer Stelle ein anderer Beamter, der schon bei der Raiffeisner angestellt war und dann mit dem Amte der entlassenen Angestellten betraut wurde, erhebliche Beträge unterschlagen hat. Darin also, daß der Kläger am Abend des 8. Oktober nicht das einstuftige Geld und die unentgeltlichen Quittungen ablieferte, da er wegen des schlechten Wetters gern mit der Bahn nach Hause fahren wollte, während er sonst den langen Weg nach Alenthal zu Fuß zurücklegen mußte und die Zeit sehr drängte; darin ferner, daß ein seit längerer Zeit bei der Raiffeisner angestellter Beamter das in ihn gesetzte Vertrauen, als er mit einer anderen Funktion betraut wurde, nicht rechtfertigte — darin erblickt Herr Leopold direkt und indirekt ein Vergehen des Schaffners Sch., das nicht anders als mit 200 Mt. Konventionalstrafe gestraft werden kann. Geradezu empörend ist nun, daß der Herr Direktor solche Strafe nicht nur verbhängen, sondern auch gleich einzulegen kann, indem er sich einmal auf den § 11 seines berühmten Anstellungsvertrages beruft und zweitens eine solche Summe Geldes in der vom Kläger geleisteten Kautions im Betrage von 200 Mt. schon im Besitz hat. Sein Wunder, wenn sich ein armer Teufel, der sich von keinem lauer verdienten Gelde 200 Mt. unter allerhand Entbehrungen erspart, nachher ein jämmerliches Gesicht schneidet und sich beklagt, daß ihm dieses Geld von dem hochachtbaren Herrn Leopold so kurzer Hand abgeknippt worden kann. So war es auch in der vordiehend geschilderten Verhandlung. Herr Herr Vorsitzende meinte

zum Kläger: „Warum unterschreiben Sie denn einen solchen Vertrag?“

In dieser Frage liegt die Verurteilung des Vertrages. — Aber das ist eben der Knoten. Warum unterschreibt Antonio im Kaufmann von Venedig den Vertrag des Schylock, jenes Mannes, den er sonst einen „Bluthund“ gehalten und zu dem er sagt, als jener ihn an diesen Schimpf erinnert: „Ich könnte leichtlich wieder so dich nennen, dich wieder aufsein, ja, mit Füßen treten?“ Er unterschreibt, weil er sich durch die Noth dazu getrieben sieht. Er verkennt in dieser Nothlage so sehr die wahre Natur des Judent, daß er ausruft: „Der Gebräuer wird noch ein Christ, er wendet sich zur Wirt.“

Seiner Redlichkeit sich bemußt (bei gutem Willen) nimmt er die Worte seines Freundes: „Ich mag nicht Freundschaft bei thierischem Gemüthe“ nicht traglich. Wir sind sehr überglücklich, jeder, der bei Herrn Leopold in Stellung tritt, sieht sich dazu durch die Noth getrieben, ist froh, Arbeit zu erhalten und vertraut seiner eigenen Redlichkeit so sehr, daß er glaubt, den Vertrag unbedenklich unterschreiben zu können, weil er in der Regel gar nicht imlaube ist, alle Kniffligkeiten dieses Vertrages richtig zu verstehen und alle Unfallsfälle vorherzusehen. Allein, mögen die einzelnen Bestimmungen dieses Vertrages noch so sehr von den jenseits darin Bestrickten, ja mögen sie selbst von den Richtern als Unrecht empfunden werden, sie sind „Recht“, ein „berühmter Rechtsanwalt“ hat sie gefaßt und Herr Leopold hat, indem er vom Interesse der Raiffeisner, von Aufrechterhaltung der Disziplin und ähnlichen redet, unter gegebenen Umständen mit Schylock sagen: „Ich mach nicht hoch genug zu erwidern weis, ausgetrieben. In diesem Falle ist es ihm lediglich darum zu thun, durch eine thierisch-innliche Bestimmung — er hat nicht ausgemacht, woher er das Pfund Fleisch von seines Feindes Körper nehmen will — den an den Schein gebundenen Antonio auf das Gnipfndlichste zu schädigen. Wir bringen Herrn Leopold hier mit dem Schylock in Verbindung in dem Sinne: daß sein Vertrag gleichwie der Vertrag des Schylock derartig abgefaßt ist, daß der Unterschreiber desselben auf das Gnipfndlichste durch eine Gegenleistung, die in ungetriebenen Verhältnis zu dem angerichteten Schaden steht, geschädigt werden kann. Warum wir gerade bei dieser Klageklage so lange uns verweilt haben, wird den Lesern demnächst noch klarer werden, als es aus der vorliegenden Sache an sich schon herporgeht. Am Herrn Leopold gegenüber ganz gerecht zu sein, müssen wir noch erwähnen, daß der Kläger sämtliche (für Telegramme u.) dem Beklagten entstandenen Kosten denselben zurückerstattet hat. Nach mehr. Herr Leopold hat den Kläger, wie derselbe behauptet, zwei Protokolle bei seinem Abgange unterschreiben lassen; eines davon enthält die Zustimmung für den Sch., daß seine Kautions nicht verwickelt sei. Würde das zutreffen, wofür wir natürlich keine Garantie übernehmen können, dann würde die ganze Sache in einem noch eigentümlicheren Lichte erscheinen. Klarheit hierüber wird im nächsten Termin geschaffen werden, in welchem die Verhandlung weiter geführt werden soll. So viel kann aber schon heute gesagt werden, die Rechtsfrage, welche Herr Leopold, der Direktor der Raiffeisner, übt, ist von der Art, daß sie das Rechtsempfinden eines jeden anständigen Menschen tief verletzt, sie macht ihn zu einem würdigen Repräsentanten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, in der es angeblich eine rechtliche Gleichstellung aller Staatsangehörigen giebt, die aber in Wirklichkeit nur ein Klassenrecht kennt.

Genuß. Am Sonnabend, den 8. Mai, sollte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung stattfinden. Leider konnte sie trotz der wichtigen Tagesordnung nicht stattfinden, weil die Kollegen es nicht für notwendig gehalten hatten, zu erscheinen. Die Versammlung war mehr als genügend bekannt gemacht und mußte daher auch jeder Kollege von ihren Statistiken unrierrichtet sein. Eine öffentliche Versammlung konnte ebenfalls wegen schlechten Wetters nicht stattfinden. Die Interessiertheit der Kollegen hat Dimensionen angenommen, die schon nicht mehr schön zu nennen sind. Fast hat es den Anschein, als ob man es nur mit Indifferenzen zu thun hätte. Dabei sind die Verhältnisse unserer Kollegen so dringend einer Weisung bedürftig, wie dies wohl in keinem anderen Verufe der Fall ist. Die Höhe der Gehaltsführer in den Spektationsgeschäften schwanken zwischen 15 und 19 Mt. pro Woche bei einer Arbeitszeit von 4 1/2 Uhr Morgens bis 9 auch 10 Uhr Abends. Dabei operieren die Unternehmer mit einer Schneidigkeit, die ihres Gleichen sucht. Wenn's nicht paßt, der kann gehen, heißt es bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit. Es wäre also dringend notwendig, daß endlich mal mit dem Unternehmer bezüglich der Behandlung und der Entlohnung ein ernstes Wortlein geredet würde. Um dieses zu ermöglichen, ist aber notwendig, die Kollegen auszurüsten und sie der Organisation zuzuführen. Man überlasse diese Arbeit aber nicht lediglich der Ortsverwaltung; diese ist kein Hexenmeister, der die Kollegen an den Haaren heranziehen könnte. Jeder Verbandskollege hat die Pflicht, in dieser Beziehung seine Schuldigkeit zu thun. Besonders sind aber jene Kollegen zur Agitation und ständigen Arbeit für die Organisation verpflichtet, die sich in halbwegs gut bezahlten Stellungen befinden, aus denen sie, weil ja Arbeiter ihre Arbeitgeber sind, nie hinausgenutzt werden können. Diese Stellungen gefast alle den Kollegen wohl ganz gut, aber in Anerkennung dieser Thatsache auch etwas zu thun im Arbeiterinteresse, das hält so mancher Kollege leider in völliger Nichtvergeffenheit nicht für notwendig. Es wird sich daher wünschbar machen, daß mit bestimmten Kollegen man ein ganz ernstes Wortlein in dieser Beziehung gesprochen wird.

Nicht der Ortsverwaltung, nicht einzelnen Kollegen überlasse man die Arbeit. Jeder Kollege ist verpflichtet,

sein Theil beizutragen und nicht zu Hause bei Wintern sitzen zu bleiben. Nur wenn alle Kollegen sich gleichmäßig an der Miesarbeit, die noch zu leisten ist, betheiligen, kann ein nennenswerther Erfolg erzielt werden.

Parth I. B. Mit einem Strafmandat über 3 Mt. eventl. 1 Tag Haft nebst Kosten wurde der Kutscher S., der bei der Firma Soltau beschäftigt ist, beglückt, weil eines seiner Pferde auf das Trottoir legte, während er in der nebenan liegenden Schmiede für die Pferde Stollen holte. S. war sich seiner strafbaren That bewußt und beantragte richterliche Entscheidung, wozu ihn selbstverständlich der Verband beglückt war. Bei der Verhandlung sagte der Schlichtmann Knapprecht aus, daß S. etwa 4 Minuten das Gefährd ohne Aufsicht gelassen habe. Auf die Frage des Richters, ob der Kutscher alle sonstigen Vorschriften, als: zugedreht, ausgehängt u. s. w. erfüllt habe, konnte der Schlichtmann keine genügende Antwort geben. Er begnügte sich mit der Erklärung: Wenn S. nicht so groß gewesen wäre, hätte ich ihn überhaupt nicht angezeigt. Worauf der Richter verwundert meinte: So! — Da giebt's gewiß Aufregungen?! — Wenn man gut will, den läßt man laufen und den Andern zeigt man an! — Der rothe Kopf des talentvollen Schlichtmanns belagte hierauf genug. Die Grobheit des S. bestand nämlich darin, daß er nach einigen Min. und Redreden sagte: Nun, wenn Sie mich durcheinand anzeigen wollen, dann schreiben Sie mich auf; ich beste u. s. w. Trotzdem nun S. thatsächlich alle Vorschriften erfüllt hatte, wurde die Berufung verworfen mit der Motivierung, S. hätte sich die Stollen auch ein anderes Mal holen können. Leider wurde verurteilt, rechtzeitig gegen dieses Urtheil Berufung einzulegen, sodann im dieser Kollege sein Leben lang in der Strafliste den Passus aufzuweisen haben wird: Wegen Vergehen gegen die Vorschriften des § 300 Abs. 10 K. Str. O. B. 1 Tag Haft.

Den übrigen hiesigen Kollegen möchte ich zurufen: Organisiert Euch! Und wenn Euch Diefes oder etwas Ähnliches vorkommt, dann meldet es sofort an den Vollmächtigen; der Schuß seitens des Verbandes wird Euch in solchen Fällen nie verweigert.

Sozialpolitische Großhändler der Hamburger Spektationsvereine. Die Spektationszeitung, das offizielle Organ der Spektationsvereine, berichtet über eine Versammlung des Hamburger Spektationsvereins:

Nachdem der Vorstand bereits im Mai des verfloffenen Jahres, auf eine von Breslau an die hiesige Handelskammer gerichtete Anfrage, sich gegen den früheren Schluß der Güterabfertigungsstellen an den Bahnhöfen erklärt hatte, ist in Folge einer Anfrage der Kgl. Eisenbahndirektion Altona an die Handelskammer in einem ausführlichen Gutachten neuerdings gegen den frühzeitigeren Schluß der Güterabfertigungsstelle vor 7 Uhr Abends energig protestirt worden.

Etwas Anderes haben wir von den Herren auch wirklich garrnirt erwartet. Offenlich werden unsere Hamburger und Altonaer Kollegen die notwendige Antwort nicht schuldig bleiben.

Kollis. Des Lebens ungemüthliche Frende ward keinem Sterblichen zu Theil. Nebenbrennend ist das Kutschers Loos. In langer Arbeitszeit und schmalen Löhne gesellen sich gar oft Straußheiten oder Unfälle und damit die Kollegen nicht zu übermäßig werden, sonst auch die Polizei dafür, daß sie dann und wann so zur Abwechslung ein Strafmandat erhalten. Dies zweifelhafte Glück hat auch unseren Kollegen Paul Dorath getroffen. Das Mandat lautet: Sie haben am 24. v. M. Nachmittags gegen 6 Uhr in der Wilhelmstraße dadurch in ungebührlicher Weise groben Unrug verübt, daß Sie Eisenkästen herunterwarfen, sodas ein Mannes Hauptes Geräusch verursacht wurde. Der Anfordernng des zuständigen Beamten, dies zu unterlassen, konnten Sie nicht logisch nach. Bei der Feststellung ihrer Personamen benahmen Sie sich sehr remittent. Die Uebertretung bewieseln durch die amtliche Anzeige vom 9. d. M. Es wird deshalb hiermit gegen Sie auf Grund des § 300 III des K. Str. O. B. und der Ortspolizeiverordnung vom 29. 8. 1900 eine Geldstrafe in Höhe von 10 Mt. oder 8 Tage Haft festgesetzt.

Unser Kollege hat natürlich nicht begahnt, sondern gerichtliche Entscheidung beantragt. Der Verband gewährt dem Kollegen selbstverständliche Rechtschutz. Wenn alle Kutscher der Organisation angehörten, dann würde es möglich sein, bestimmte althergebrachte Strafmandate der Polizei durch lebenslangen Einspruch vor Gericht abzugewöhnen.

Aus der finsternen Gasse Deutschlands. Unsere Kollegen in Hattbor, O.-Schlesien, hatten das Bedürfnis, mal einen Redner zu hören, der ihnen nicht nur die Ursache ihrer schlechten Lage darlegen, sondern auch den Weg zur Besserung derselben angeben sollte. Es wurde eine Versammlung einberufen und dazu das allgemein bekannte kleine Flugblatt als Einladung vertheilt. Das veranstaltete die hiesige Presse an Orte, folgenden Dithyrambus loszulassen:

„Der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands ladet durch ein Flugblatt, das an Deutlichkeit und Scharfe der Sprache nichts zu wünschen übrig läßt, Fuhrleute, Kutscher, Hausdiener, Bacter und Transportarbeiter zu einer öffentlichen Versammlung am 26. April im Wilhelmshagen ein, bei welcher der Kollege Zimmer aus Breslau über den Nutzen der Organisation sprechen wird. Einzelne Groben aus dem Flugblatt mögen zur Beleuchtung der Einberufen und ihrer Ziele dienen: „Heute kennen unsere Unternehmer nur noch das Eine: aus ihren Geldsäcken den größtmöglichen Gewinn herauszuschlagen. Das dabei von einem angenehmen Verhältnis des Angestellten zum Unternehmer nicht mehr die Rede sein kann, liegt auf der Hand.“ „Arbeitszeiten von täglich 14, 16, ja 18 und mehr Stunden sind heute im Handels- und Transportgewerbe nichts Seltenes. Dafür bieten uns die Unternehmer wahre Hungerlöhne.“ „Für sie sind wir nicht anderes als Ausbeutungsohject.“ „Lasst man ja eine recht nette Versammlung werden.“

hoffen, Kollegen, daß Ihr Euch nach dieser Richtung hin Eurer Pflicht bewußt seid und den Arbeitsnachweis nach besten Kräften unterstützen. Die Vermittlung erfolgt selbstredend kostenlos.

München 1. S. Am 10. Mai sprach hier Kollege Martin in einer Versammlung der Führer über die Verhältnisse in unserer Branche. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. 14 Kollegen traten hierauf dem Verbande als Mitglieder bei. In die Ortsverwaltung wurden gewählt die Kollegen Friedrich Goltmann, Bevollmächtigter; Louis Apell, Kassier und Karl Hofmeister als Schriftführer. Nach einer längeren Diskussion trat hierauf Schluß der Versammlung ein.

Wandsbeck. Mitglieder-Versammlung vom 7. Mai. Die Entschädigung der Bezirkskassierer wurde auf 10 Pct. erhöht. Als Revisor wurde Dennings gewählt. Prüfung wurde zum Delegierten in die Arbeiterschutts-Kommission gewählt. Ins Komitee des Gewerkschaftsfestes wurden Bahle, Milow, Voggberg und Dennings gewählt. Witzgebell wurde, daß unsere Verbandsmitgliedern die Witsgebell des Hamburger Gewerkschaftsartells zur Verfügung steht.

Eingefandt.

An die Meuselwiger Kollegenhaft!

Kollegen! Wenn wir Euch an dieser Stelle auf fordern, mit einzutreten in unseren Verband, unsere Reihen verstärken zu helfen, so geschieht das nur in Eurem eigenen Interesse. In der Zeit der wirtschaftlichen Krisis ist es besonders notwendig, daß die Arbeiter sich zusammen thun, um Lohnreduzierungen abzuwehren zu können. So mancher von Euch, Kollegen, wird es schon am eigenen Leibe erfahren haben, daß das Unternehmertum überall und bei jeder Gelegenheit versucht, die Folgen des wirtschaftlichen Niederganges auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Hätten unsere Kollegen nicht bisher abseits von der Organisation gestanden, dann brauchen sie sich nicht den Lohn kürzen zu lassen, wie es vielfach geschehen ist.

Und wie steht es mit unseren Arbeitsbedingungen? Die Arbeiter müssen von früh 4 oder 5 Uhr bis Abends 10 Uhr arbeiten und erhalten dafür einen Lohn von 15 bis 20 Pf. pro Woche. Unter den etwa 50 am Orte beschäftigten Arbeitern verdient ein einziger 24 Mk. pro Woche. Jeder Kollege muß nun darnach trachten, nicht etwa diesem Kollegen die Stelle abzugeben, sondern daß er denselben Lohn erhält. Müde und abgepannt, wie die Arbeiter sind, haben sie kein Bedürfnis, des Abends spät eine Zeitung oder gar ein gutes Buch zu lesen und sich so anzubilden. Es ist daher Zeit, daß die Kollegen endlich aufwachen und versuchen, ihre Lage mit Hilfe der Organisation zu bessern. Nicht in Klümmern und Vergnügungsvereinen sollen die Kollegen ihr Heil suchen, sondern sich einer modernen Organisation, einem Verbande anschließen, der auf dem Boden des Klassenkampfes steht und folglich die Interessen der Kollegen gewissenhaft wahrnimmt.

Datum rufen wir Euch noch fernstehenden Kollegen zu: organisiert Euch, schließt Euch dem Verbande der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands an, damit wir ein geschlossenes Ganzes bilden, denn vereinzelt können wir nichts, aber vereinigt können wir alles. Anmeldungen zum Verbande nimmt zu jeder Zeit entgegen: Adolf Eberwälder, sowie Heinrich Piesch, Markthelfer im Konsumverein.

Berichtigung.

Regensburg, 24. Mai 1902.

Verherrliche Redaktion!

Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes erlaube ich mir Aufnahme folgender Berichtigung im Courier: Es ist nicht wahr, daß ich die Eingaben und Gesuche der hiesigen Dienstmänner als Witz bezeichnet und demgemäß auch behandelt habe, wie es auch unmaßig ist, daß man die Dienstmänner an hoher Stelle „Lumpenpack“ zu benennen beliebt.

Die Gesuche der Dienstmänner werden ordnungsgemäß instruiert und dem Magistrat zur Bescheidung vorgelegt werde.

Fauner, Rechtsrath.

Wir haben nicht behauptet, daß der Herr Rechtsrath die Dienstmänner Lumpenpack genannt hätte.

Zeitbelegungen des Zentralvorstandes

Verwaltungsstellen des Verbandes wurden gegründet in Hann.-Münden am 10. Mai und Hagen i. W. am 25. Mai. Mit der Leitung wurden beauftragt für Hann.-Münden Friedr. Goltmann, Hintersr. als Bevollm. und Louis Apell, Hintersr. als Kassier; für Hagen i. W. Wilh. Assenbach, Selbstbest. 242 als Bevollmächtigter. Wie aus einer, von der Generalkommission aufgenommenen Statistik ersichtlich, sind circa 10 unserer Mitgliedschaften den Gewerkschaftsartellen nicht angeschlossen. Wir bedauern dies umso mehr, als die Statistiken nur durch den Anschluß aller Organisationen am Orte in den Stand gesetzt werden, die Interessen der organisierten Arbeiter erfolgreich vertreten zu können.

Mit kollegiatem Gruß

Der Zentral-Vorstand.

F. A. Oswald Schumann, Berlin S.O., Gewerkschaftshaus, Engel-Allee 15, Zimmer 18.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. — Alle Gelber sind an den Hauptkassierer Kollegen Karl Kähler, Berlin S.O., Engel-Allee 15, einzufenden.

Letzte Nachrichten aus Stuttgart.

Soeben wird eine weitere Geldentlastung der Direktion bekannt, die zeigt, was Dienstwohnungen für einen Werth haben. Allen Inhabern von Dienstwohnungen ist zur Aufgabe gemacht worden, bis Dienstag, den 2. Juni, Vormittags 12 Uhr ihre Wohnung zu räumen. Auch diese Gewaltthätigkeit wird dazu dienen, die Straßenbahner noch mehr zusammenzufeuern.

Eine Volksversammlung, die von 2500 Personen aus allen Kreisen der Einwohnerschaft besucht war, erkannte das Vorgehen der streikenden Straßenbahner als durchaus berechtigt an und verurtheilte die ablehnende Haltung der Direktion bei der Einigungsverhandlung. Sie hielt die Forderung der uneingeschränkten Bewilligung des Koalitionsrechtes gut und sicherte den Ausständigen in vollstem Maße moralische und materielle Unterstützung zu.

Seitens des Zentralvorstandes ist der Koll. Schumann zur weiteren Leitung des Streiks nach Stuttgart delegirt worden.

Briefkasten.

Wegen Raumangel mußten Verichte zurückgestellt werden aus: Berlin, Bonn, Breslau, Leipzig, Magdeburg, Dresden, Nordhausen, Erfurt, Bremen, Hannover, Wandsbeck, Stettin, Mühlberg, Hirsch, München, Hannover, Giebfeld, Barmen und Stuttgart. Dies trotz der Extra-Beilage. D. R.

Magdeburg.

Mitglieder-Versammlung

am Sonnabend, den 14. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, im Bürgerhaus, Stephansbrücke 38.

Tages-Ordnung: 1. Beschlußfassung über die Herausgabe der Straßenzettel-Verordnung. 2. Verbands-Angelegenheiten und Verchiedenes.

Nach Schluß der Versammlung findet eine Besichtigung der Häuser des Hauskammer Konsum-Vereins statt. Eine rege Theilnahme wird allein der Kollegen, sondern auch der Frauen unserer Kollegen erwartet. Die Ortsverwaltung.

Dresden.

Dienstag, den 10. Juni 1902:

Fensterputzer-Versammlung

im Gasthaus zum Senefelder, Kaulbachstr. 16, Saal.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Redakteur G. Riem über: „Der freie Arbeitsvertrag“ 2. dem neuen hürzerlichen Gesetz. 3. Bericht der Rohntommission. 4. Beschlußfassung über Verlegung der Monats-Versammlung. 5. Sonstiges, Debatte.

Anfang punkt 8 Uhr Abends.

Dresden.

Sonnabend, den 14. Juni 1902:

Monats-Versammlung

im Gasthaus zum Senefelder, Kaulbachstr. 16, Saal.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Die Stellung der Arbeiter zur heutigen Wirtschaftsordnung.“ 2. Gewerkschaftliches, Debatte.

Anfang punkt 10 Uhr Abends.

Sektion der Fensterputzer.

Sonntag, den 15. Juni 1902:

Frühlings-Parthie

nach dem Osterberg, Liebenede, Wilhelmsburg, Schoner Grund und Elbschlösschen in Waghls.

Vorsicht ein solennes Länzchen.

Abfahrt Mittags 1⁰⁰ vom Bahnhof Friedrichstadt nach Gosselbaude. Karten à 10 Pfg. sind bei den Hilfskassieren sowie im Bureau zu haben.

Ende dieses Monats verlegen wir unser Bureau nach dem

Volkshaus, Ritzbergstraße 2, 1.

Dasselbe ist geöffnet täglich von 6-8 Uhr früh und 4-7 Uhr Nachmittags, Sonn- und Festtags geschlossen. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Kollegen Hamburgs!

Empfehle allen Kollegen meine

Gewerkschaft

verbunden mit Frühstückstisch und schönem großen Klubzimmer.

Mit kollegiatem Gruß

C. Lindt, Mittelstraße 36 K. Hamm, vis-à-vis „St. Petersburg“

Verwaltungsstelle Bremerhaven.

Einladung

zur

Fahrenweiche

am Sonntag, den 15. Juni 1902, Nachm. 2 Uhr. Durchmarsch der theilnehmenden Gemeindefrauen durch Bremerhaven—Geestemünde nach Schwieker's Garten, Wulsdorf.

Um 4 Uhr: Weiche der Fahne.

Garten-Konzert und Ball in der Holunde.

Abends von 7 Uhr an: Gr. Festball in den gesammelten Räumen des „Colosseum“, Bremerhaven.

Herrenkarte 30 Pfg. Damenkarte 10 Pfg.

Tanzstühle 75 Pfg.

Zur regen Theilnahme ladet freundlichst ein Das Festkomitee.

NB. Die Karten sind flechtbar zu tragen.

Lübeck.

Dienstag, den 10. Juni, Abends 9 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52.

Die Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Da dieselbe eine sehr wichtige ist, haben sämtliche Mitglieder die Pflicht, dieselbe zu besuchen. Der Vorstand.

Lübeck.

Einladung zum

3. Stiftungs-Fest

bestehend in Festsede, Herren-, Damen- und Kinder-Vergnügen und Ball

am Sonntag, den 22. Juni, im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52.

Anfang 4 Uhr. Beginn des Balles 5 Uhr.

Eintrittsgeld 50 Pfg.

Die Kollegen werden gebeten, für dieses Vergnügen eine rege Propaganda zu entfalten.

Das Festkomitee.

NB. Die auswärtigen Kollegen sind freundlichst eingeladen.

Breslau.

Am Dienstag, den 24. Juni, Abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 2:

Mitglieder-Versammlung

der Sektion der Prospektführer.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Sektionsleitung.

Leipzig.

Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.

Am Sonntag, den 29. Juni d. J., findet unser

Sommer-Fest

im Albertgarten zu Leipzig-Ringers-Crottendorf statt. Dasselbe besteht in Konzert und Ball

sowie Spiele für Damen, Herren und Kinder.

Um 7 Uhr: Große Stollen-Polonnais.

Karten à 15 Pfg. sind bei allen Verkaufsstellen sowie im Bureau und beim Kassierer im Albertgarten zu haben.

Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Kiel.

Sonntag, den 15. Juni, Nachm. 4 Uhr:

Sommer-Vergnügen

bestehend in

Preisschießen und Regeln für Herren, Fischwerken für Damen, Kinder-Vergnügungen, Garten-Konzert und

Ball

in „Waldersee“, Haselbiedtsdamm.

Ausmarsch mit Musik Nachm. 2 1/4 Uhr vom Grezler-Platz. Das Komitee.

Sterbetafel des Verbandes.

Gestorben sind:

In Altona der Kollege H. Kamott.

In Hamburg die Kollegen Fritz Gartha, F. F. F. Präger, W. Oldag, G. F. Gebers,

H. Mohr und F. S. D. Barkmann.

In Leipzig die Kollegen Plegier und Braun.

In Magdeburg der Kollege Friedrich Klaus. Ihre Ihrem Andenken! Die Ortsverwaltungen.

Beilage zum „Courier.“

Nr. 12.

Berlin, den 8. Juni 1902

6. Jahrg.

Bericht des Bevollmächtigten vom Gau 3 (Provinz Brandenburg).

Als ich Ende vorigen Jahres vom Zentralvorstand beauftragt wurde, in der Provinz Brandenburg die Agitation zu betreiben, war ich mir vollkommen bewußt, daß hier ein sehr harter und feinerer Boden zu bearbeiten ist.

So wie der sandige Boden in der Provinz Brandenburg streckenweise die Entwicklung hindert, so hemmt der Indifferentismus unserer Berufscollegen die Ausbreitung der Organisation in diesem Bezirk.

Trotzdem die Lage der Berufscollegen in den meisten Orten eine äußerst gedrückte ist — Löhne von 12—18 Mk. pro Woche bei einer täglichen Arbeitszeit von 14—16 Stunden trifft man in vielen Städten an — sind die Kollegen sehr schwer von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen. Diesen Kollegen wird immer und immer wieder vor Augen geführt werden müssen, daß sie nur erst dann bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielen, wenn sie sich dem Verbandsangehörigen anschließen.

In einzelnen Orten wird die Agitation noch dadurch erschwert, daß die Kartelle keine Unterstützung bei der Entfaltung der Agitation verweigern, trotzdem von uns alle durch die Agitation entlassenen Kollegen zurückgestellt werden. Sehr oft bekommt man von den Kartell-Vorsitzenden zu hören: „Am heiligen Walle ist für Ihren Verband nichts zu machen, Sie können ruhig wieder zu Hause fahren.“ In verschiedenen Orten sind sich die Delegierten des Kartells ihrer Aufgabe nicht bewußt. Es scheint fast, als wenn öfters die Sache als Sport betrachtet wird.

Aus der vorstehenden Schilderung geht hervor, daß wir, mit wenigen Ausnahmen, auf uns selbst angewiesen sind, und daß auch in Gau 3 ein schweres Stück Arbeit ihrer Erledigung harret. Es beweist dies, wie notwendig gerade in der Provinz Brandenburg eine intensive Agitation ist.

Trotz der Schwierigkeiten, die bei der Entfaltung der Agitation in den Weg treten, hat die Mitgliederzahl im Gau 3 seit Ernennung des Gau Bevollmächtigten um ungefähr 300 zugenommen. Die Ortsverwaltungen Berlin I und II sind dabei nicht in Betracht gezogen. Die Mitgliederzahl wird sich in den nächsten Wochen voraussichtlich noch mehr heben.

Gegenwärtig sind in der Provinz Brandenburg 10 Verwaltungen vorhanden. Vor der Einführung des Gauleiters waren es deren nur 9, mit hin ist eine Zunahme von 6 Verwaltungen zu verzeichnen.

In Berlin wurde am 1. Januar d. J. eine zweite Verwaltungsstelle gegründet, in welcher nur Fensterreiner aufgenommen werden. Infolge der regen Agitation, die von einigen Kollegen aus diesem Verufe betrieben wurde, hat sich diese Zahlstelle sehr gut entwickelt. Dieselbe zählt gegenwärtig über 100 Mitglieder. Es steht zu erwarten, daß, wenn die Kollegen in ihrer Tätigkeit nicht erlahmen, die Zahl in sehr kurzer Zeit noch ganz bedeutend größer wird.

Die Mitgliederzahl der Verwaltungsstelle Brandenburg ist seit Bestehen derselben keinen großen Schwankungen unterworfen. Trotzdem diese Stadt ca. 50 000 Einwohner zählt und der Verkehr ziemlich reger ist, war es bis jetzt, trotz der verschiedenen Versuche, nicht möglich, mehr Kollegen zum Eintritt in die Organisation zu bewegen. Der größte Teil der dortigen Mitglieder sind Streikbetreuer. Die Mitglieder sind für den Organisationsgedanken sehr schwer empfänglich. In nächster Zeit wird jedoch unter den Käufern von neuem die Agitation betrieben werden. Es liegt im eigenen Interesse der Mitglieder dieser Verwaltungsstelle, dabei hilfreiche Hand zu leisten, denn je größer dort die Zahl der organisierten Kollegen ist, desto mehr werden wir von unserer Unternehmung respektiert.

Die in Charlottenburg organisierten Kollegen waren früher Mitglieder der Berliner Ortsverwaltung. Da von Charlottenburg aus der Versuch der Verfassung in Berlin etwas unglücklich ist, beschloß man, vom 1. Januar 1901 ab für diesen Ort — derselbe hat 100 000 Einwohner — eine eigene Ortsverwaltung zu gründen. Seinerzeit traten ca. 800 Kollegen über.

Die Mitgliederzahl ist leider vom 2. Quartal vorigen Jahres ab sehr rasch zurückgegangen. Die Ursachen sind darin zu suchen, daß die Kollegen bei den Berliner Mittelwerten, welche den größten Teil der Mitgliedschaft bilden, ohne sich mit der Organisation auch nur im geringsten zu verhandeln, die Arbeit plötzlich niederlegten. Bekanntlich wurde für diese Kollegen Anfang vorigen Jahres mit Hilfe der Organisation vor dem Gewerbegericht eine sehr vorteilhafte, auf ein Jahr gültige Vereinbarung über die Arbeits- und Lohnverhältnisse getroffen. Als Grund zur Arbeitsniederlegung diente, daß die Unternehmerin drei Streikbrecher weiter beschäftigte.

Durch dieses Vorgehen der in dem Betriebs beschäftigten Kollegen konnte die Firma den Vertrag lösen. Ein großer Teil der Kollegen wurde entlassen und kehrte dann dem Verbands den Rücken.

Es ist alles versucht worden, diese Scharte wieder auszuweichen, und dank der zähen Ausdauer der Charlottenburger Ortsverwaltungsmitglieder kann jetzt mit Freunden konstatiert werden, daß in den letzten Wochen die Zahl der Mitglieder wieder auf 120 gestiegen ist.

Es wird noch länger und mühsamer Arbeit bedürfen, um diese Zahlstelle zu dem zu machen, was sie eigentlich sein sollte.

Durch die am 1. Juli vorigen Jahres erfolgte Gründung einer Verwaltungsstelle in Grünau ist im

3. Quartal des verfloffenen Jahres die Mitgliederzahl in Grünau bis auf 88 zurückgegangen. Die in Grünau organisierten Kollegen waren bis zu dieser Zeit Mitglieder der Verwaltungsstelle Cöpenick und schlossen sich, nachdem die Zahlstelle Grünau errichtet wurde, dieser an. Am Schlusse des 1. Quartals des laufenden Jahres war in Cöpenick die Mitgliederzahl wieder auf 48 gestiegen. Die Verwaltungsstelle werden dort von äußerst zuverlässigen Kollegen besetzt, und ist demzufolge die beste Hoffnung vorhanden, daß der Mitgliederbestand nicht nur erhalten bleibt, sondern daß in der nächsten Zeit noch ein weiterer Zuwachs zu verzeichnen sein wird.

Die vor Jahren eingegangene Verwaltungsstelle Cöpenick wurde im 2. Quartal des verfloffenen Jahres wieder neu gegründet. Die Mitgliederzahl hat dort langsam aber stetig zugenommen. Die Möglichkeit der Weiter dieser Zahlstelle berechtigt zu der Hoffnung, daß dort in der nächsten Zeit noch weitere Fortschritte gemacht werden. Auch ist in diesem Ort die beste Aussicht vorhanden, daß sich demüchert dort bestehende Kaufmännischer Verein zu Gunsten unserer Organisation anschließen wird.

Auch in Frankfurt a. O. existierte früher schon einmal eine Verwaltungsstelle. Dieselbe wurde aber im 2. Quartal 1901 wegen Mangel an Mitgliedern wieder aufgelöst. Nachdem ist verschiedene Male der Versuch gemacht worden, die dortigen Kollegen der Organisation wieder zuzuführen. Am 1. März d. J. gelang es endlich nach vieler Mühe, die Zahlstelle von neuem zu gründen. Gegenwärtig sind wieder über 80 zahlende Mitglieder zu verzeichnen. In einigen Betrieben sind auch schon mit Hilfe des Verbandes einige Vortheile errungen worden. Es sind dort einige Kollegen vorhanden, welche sehr großes Interesse für die Organisation an den Tag legen. Mit Hilfe dieser Kollegen wird es auch gelingen, die Mitgliederzahl in der nächsten Zeit zu vernehmen.

In Frankfurt sind Lohn- und Arbeitsverhältnisse am quereisen, die jeder Beschredung spotten. So besitzt nun Westfalen eine Firma, welche die Fabrik der Fäkalien besorgt, einen Lohn von 12 Mk. pro Woche, bei einer täglichen Arbeitszeit von früh 8 Uhr bis Abends 9 und 10 Uhr. Von diesem Wochenlohn werden außer den Beiträgen für Invaliden- und Krankenversicherung noch Strafgebühren über 2 Mk. abgezogen, so daß die Kollegen oft mit kaum 10 Mk. nach Hause gehen müssen. In nächster Zeit werden wir Gelegenheit haben, uns mit dieser Firma noch näher zu beschäftigen.

Die Wohnungs- und Lebensmittelpreise sind in Frankfurt fast nicht niedriger, als in einer Großstadt. Häuten die Kollegen dort früher dafür gesorgt, daß die Verwaltungsstelle nicht eingegangen wäre, brauchte man heute nicht über solche ungünstigen Wohnverhältnisse zu berichten. Es muß hier erst wieder von vorne angefangen werden, um Schritt für Schritt die wirtschaftliche Lage unserer Verbandsangehörigen zu verbessern.

Infolge nachlässiger Geschäftsführung der früheren Ortsverwaltungs-Mitglieder hat die Verwaltungsstelle Grünau leider keine Fortschritte aufzuweisen. Die jetzigen Leiter dieser Zahlstelle sehen jedoch alles daran, wieder gesunde Verhältnisse herzustellen, und dies gibt die sichere Garantie, daß dort in aller nächster Zeit eine Zunahme von Mitgliedern zu verzeichnen sein wird.

Nach wiederholten Versuchen gelang es im September vorigen Jahres in Potsdam eine Verwaltungsstelle ins Leben zu rufen. Kann hatten die dortigen Führer davon Kenntnis genommen, beschloßen dieselben in einer Versammlung, alle Käufer und Arbeiter zu entlassen, welche sich dem Verbands anschließen. Dies hatte zur Folge, daß in einer späteren von uns einberufenen Versammlung ca. 50 Kollegen der Organisation beitraten. Infolge dieser zahlreichen Beitritte ist es auch bis heute noch keinem Führer in Potsdam eingefallen, einen seiner Angestellten wegen Zugehörigkeit zur Organisation zu entlassen. Wären jedoch die dortigen Kollegen nur vereinzelt dem Verbands beigetreten, so hätten die Unternehmer ihren gefassten Beschluß nicht ausgeführt. Es ist hieraus wieder einmal zu ersehen, daß die Unternehmer gegen ihre Arbeiter nichts anrichten können, wenn sich letztere zum größten Teil organisiert haben.

Wenn auch im ersten Quartal die Mitgliederzahl von 88 auf 83 zurückgegangen ist, kann man doch mit Bestimmtheit erwarten, daß wieder eine Zunahme zu verzeichnen sein wird, da gegenwärtig unter unseren Berufscollegen in Rowanow und Neuenhagen eine rege Agitation zu Gunsten des Verbandes betrieben wird. Die in beiden Orten genannten Mitglieder werden der Verwaltungsstelle Potsdam zugeteilt.

In einigen Betrieben hat in letzter Zeit eine kleine Lohnerschöpfung stattgefunden, was auch auf die Organisation zu schreiben ist. Im Interesse der dortigen Kollegen liegt es, daß sie nicht nur treue Mitglieder des Verbandes bleiben, sondern auch versuchen, dem Verbands neue Kämpfer zuzuführen, damit die Unternehmer endlich gezwungen werden können, ihren Käufern und Arbeitern bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu gewähren.

Die Verwaltungsstelle werden in Potsdam sehr korrekt geführt; auch sehen die Vorstandsmitglieder dieser Zahlstelle alles daran, um die Mitglieder an die Organisation zu fesseln.

Trotz der schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse, unter welchen unsere Berufscollegen in Rathenow zu leiden haben, nimmt die Mitgliederzahl der Verwaltungsstelle nur langsam zu. Seit dem zweiten Quartal vorigen Jahres hat sich die Mitgliederzahl um 6 vermehrt. Auch hier ist schon wiederholt versucht worden, die Kollegen von der Notwendigkeit des Zusammenstehens zu überzeugen. Die Versammlungen sind aber bis jetzt — trotz eifriger Agitation der Vorstandsmitglieder dieser Verwaltungsstelle — fast nur von organisierten Kollegen besucht gewesen. Es ist dort ein kleiner Stamm über-

zeugter Kollegen vorhanden, die nicht eher ruhen werden, bis sich die uns noch fernstehenden Berufsangehörigen organisiert haben.

Die Verwaltungsstelle Steglitz ist am 1. Januar vor. Jahres gegründet worden. Bis zu dieser Zeit waren die dort organisierten Kollegen Mitglieder der Verwaltungsstelle Berlin I. In Steglitz wurde die Zahlstelle seinerzeit aus denselben Gründen errichtet, wie die Verwaltungsstelle Charlottenburg. Im vierten Quartal hatte sich der Mitgliederbestand um etwas verringert. Die Verbandsfunktionen werden in Steglitz ebenfalls von zuverlässigen Kollegen besetzt, folgedessen ist auch hier die beste Hoffnung vorhanden, daß noch mehr Mitglieder für unsere Organisation gewonnen werden.

In Velten existierte früher ein Kaufmännischer Verband. Derselbe löste sich am 1. September 1900 zu Gunsten unseres Verbandes auf. Fast alle Mitglieder dieses Vereines traten unserer Organisation bei. Trotzdem Velten nur 7000 Einwohner zählt, haben wir dort eine Verwaltungsstelle von ca. 100 Mitgliedern. Die Mitgliederzahl ist seit Bestehen dieser Zahlstelle ziemlich stabil geblieben. Da unsere Berufscollegen in Velten zum größten Teil vollständig von der Notwendigkeit der Organisation durchdrungen sind, werden wir in Zukunft keinen Rückgang der Mitgliederzahl zu verzeichnen haben.

Auch die Führung der Verwaltungsstelle ist dort äußerst korrekt, so daß diese Zahlstelle zu den besten Hoffnungen berechtigt.

In Folge des steten Raummangels in unserem Fachorgan bin ich leider gezwungen, meine Ausführungen so kurz wie möglich zu machen; es ließe sich noch verschiedenes schreiben, hauptsächlich über Orte, wo es bis heute noch nicht gelungen ist, Mitglieder für den Verband zu werden. Im Nachstehenden soll noch einiges über die letzte größere Agitationstour berichtet werden. Diese Tour dauerte vom 12. bis 30. April.

Es war eigentlich bestimmt, daß ich am 12. und 13. April in Baugen, Uebau und Zittau sprechen sollte. Einen Tag vor der Abreise traf jedoch ein Schreiben aus Lübbenau beim Zentralvorstand ein, in dem von einem dortigen Genossen der Wunsch geäußert wurde, daß sofort jemand von Berlin nach Lübbenau komme, da von dortigen Kollegen für die Fahrten — die sie fahren im Sommer die Fremden auf Kähen, welche 6 bis 8 Personen fassen und Eigentum der Fährleute sind, durch die Wasserstrassen des Spreewaldes — eine neue Verordnung herausgegeben sei, nach welcher die Fahrten ganz bedeutend herabgesetzt werden ist.

In den oben bezeichneten drei Orten referierte nun ein anderer Kollege und ich wurde beauftragt, in Lübbenau abzuspringen.

Nach den von der Zollbehörde festgesetzten Fahrpreisen sind die Einkommen der Fährleute ganz bedeutend verschlechtert. Diese neue Verordnung enthält auch noch einige andere Bestimmungen, nach welchen die Fährleute den Fahrgästen gegenüber fast rechtlos sind.

Es wurde eine Besprechung arrangiert, zu welcher ungefähr 70 Fährleute erschienen waren. Nachdem ich in längerer Ausführung die neue Polizeiverordnung kritisiert hatte und dann auf die Notwendigkeit der Organisation hinweisen wollte, erklärte der Besitzer des Lokals, daß in seinem Lokal keine Verbandsversammlungen erlaubt werden dürfen. Nach einiger Auseinandersetzung verbot uns der Wirth, die Besprechung weiter zu führen. Leider war uns besonderen Gründen nichts dagegen zu machen. Da nunmehr die Anwesenden auseinander liefen und es nicht möglich war, dieselben zusammen zu halten, konnte in dieser Zusammenkunft ein Resultat nicht erzielt werden.

Vorkünftig wird wohl dort überhaupt nicht viel zu erreichen sein. Dadurch, daß die Leute den Kahn selbst besitzen und von keinem Unternehmer abhängig sind, beherrscht dieselben noch ein bestimmter Selbstständigkeitsbündel. Wäre an diesem Tage eine Verwaltungsstelle zu Stande gekommen, so hätte sich dieselbe meiner Überzeugung nach doch seiner langen Lebensdauer zu erfreuen gehabt. Der selbe Zusammenhalt der Fährleute wird auch noch erspürt, weil diese zu weit auseinander wohnen. Im Spreewald ist fast jedes Haus durch eine Wasserstraße von dem andern getrennt.

Da mir seit März d. J. vom Zentralvorstand auch die Leitung des Gaus 2 (Schlesien und Posen) übertragen worden ist, besuchte ich auf der Tour folgende Orte aus diesem Bezirk: Görlitz, Waldenburg, Striegau, Legniz, Gagnau, Affau und Wlogau. In jeder Wlogau und Gagnau hatten die Kollegen trotz voriger Wilttheilung keine Versammlungen arrangiert.

Nach Gagnau fuhr ich, ohne das vorher nach dort geschrieben worden war. Um Verbindung zu suchen, wandte ich mich zunächst an den Kartellvorsitzenden. Von demselben erfuhr ich, daß in dieser Stadt den Arbeitern kein Lokal — nicht einmal zu einer kleinen Besprechung — zur Verfügung steht. Daher wird wohl jetzt auch wenig Hoffnung vorhanden sein, dort eine Verwaltungsstelle zu gründen. Gagnau ist ein ganz kleines Städtchen, fast ohne jeden Verkehr, folgedessen sind auch nur wenige Berufscollegen vorhanden.

Auf der Straße hatte ich Gelegenheit, mit verschiedenen Berufscollegen zu sprechen. Einige davon waren auch nicht abgeneigt, der Organisation beizutreten; sie erklärten aber, sich erst dann anschließen zu wollen, wenn eine Besprechung stattgefunden hat. Der Kartellvorsitzende versprach mir auch, nachdem die Lokalfrage geregelt ist, eine Zusammenkunft der Arbeiter unseres Berufes zu veranstalten.

Das Kartell in Wlogau hatte für uns eine Versammlung im dortigen Rathaus geplant. Die Agitation für diese Versammlung war auch recht lebhaft betrieben worden. In Folge der Verhinderung hatte jedoch der Vorstand keine Freude bezüglich der Vergabe des Lokals in letzter Stunde wieder zurückgezogen. Die Versammlung wäre sehr gut besucht gewesen.

Gelegentlich einer Unterhaltung mit mehreren Kollegen sowie einigen organisierten Arbeitern aus anderen Berufen wurde mir versichert, daß für unseren Verband die Agitation weiter betrieben wird. Sobald der dortigen Arbeiterschaft wieder ein Lokal zur Verfügung steht, soll nochmals eine Versammlung einberufen werden.

In Wlogau hat früher schon einmal ein Lokalverband existiert. Kollegen, die dem Vorstand dieses Lokalverbandes angehörten, haben sich bereit erklärt, die Verhandlungsgeschäfte in die Hand zu nehmen. Ich habe die Heberzeugung gewonnen, daß dort bei einigermaßen ruhiger Agitation in kurzer Zeit eine Zahlstelle entstehen wird.

Von dem Bevollmächtigten der Verwaltungsstelle Görlich war infolge meiner Anwesenheit eine Sitzung der Ortsverwaltungsmittglieder einberufen worden. Am Verlauf dieser Sitzung habe ich gefunden, daß die Vorstandsmittglieder dieser Zahlstelle sehr befähigte Mitglieder sind. Die Verhandlungsgeschäfte werden dort ganz gemessenhaft erledigt, so daß diese Zahlstelle für die Zukunft zu den besten Hoffnungen berechtigt.

Die Mitgliederzahl der Verwaltungsstelle Waldenburg ist leider von 32 auf 12 zurückgegangen. Es fehlt dort an einem Vorstehenden, dem die genügende Zeit zur Verfügung steht. Bis vor einigen Monaten lag die Leitung in den Händen eines Holzarbeiters, derselbe war vom dortigen Kartell dazu bestimmt worden. Dieser Genosse hat aber seit einiger Zeit Waldenburg verlassen und seitdem ist auch die dortige Zahlstelle rapid zurückgegangen.

Es sind einige Kollegen vorhanden, die sich sehr für die Organisation interessieren und auch befähigt sind, aber infolge der langen Arbeitszeit können sie sich den Verbandsgeschäften nicht genügend widmen. Außerdem liegt das Versammlungslokal sehr unglücklich. Der Arbeiterschaft Waldenburgs fehlen, trotzdem die Vergarbeiter ziemlich gut organisiert sind, zur Zeit keine geeigneten Versammlungslokale zur Verfügung.

Der Kartellvorsteher will versuchen, wieder eine Person ansässig zu machen, welcher die Leitung übertragen werden kann, dadurch wird es auch möglich sein, diese Zahlstelle zu halten.

In Strigau waren keine Mitglieder mehr vorhanden. Der Kassierer der früheren Verwaltungsstelle wohnt zu weit von der Stadt entfernt und hat infolgedessen gar keine Gelegenheit, mit unseren Kollegen zusammen zu kommen. Der Kartellvorsteher hat mir versprochen, daß er mit Hilfe der Delegierten alles versuchen will, um wieder eine Verwaltungsstelle unseres Verbandes ins Leben zu rufen.

Auch in Plegnitz ist die Zahlstelle wieder eingegangen. Von dem am 1. Juli v. J. eingeführten neuen Beitragsmarken waren erst 5 Stück verkauft. Einige Kollegen erklärten sich bereit, wieder für den Verband zu agitieren und sind auch bereits einige Mitglieder gewonnen worden. Die Arbeitszeit unserer Verurskollegen ist auch hier überaus lang, jedoch ist nicht die genügende Zeit zur Entfaltung der Agitation haben.

In Plegnitz haben die modernen Gewerkschaften nicht nur unter dem Lokalmangel zu leiden, sondern auch die Strich-Dünderischen Gewerkschaften erschweren dort die Agitation außerordentlich. Die meisten Kollegen, welche ich auf der Straße anrede, antworten, daß sie Mitglieder der Strich-Dünderischen Gewerkschaften seien.

Infolge des sehr lebhaften Verkehrs fehlt es in dieser Stadt nicht an Verurskollegen, jedoch müssen dieselben erst von der Notwendigkeit der Organisation überzeugt werden. Es sind dort einige große Transportfirmen vorhanden; bei einer Firma werden über 100 Mann beschäftigt. Es muß daher immer wieder der Versuch gemacht werden, eine lebensfähige Verwaltungsstelle zu schaffen.

Von Plegnitz ging die Reise nach Alssa i. W. Auch hier mußte ich erfahren, daß von der früheren Verwaltungsstelle keine Mitglieder mehr vorhanden waren. Der frühere Bevollmächtigte arbeitet direkt gegen unseren Verband. Vor einiger Zeit hat dort eine öffentliche Versammlung für unsere Verurskollegen stattgefunden, in welcher sich mehrere Kollegen aufnehmen ließen; der größte Teil davon hat sich jedoch nicht wieder sehen lassen und weiter nichts bezahlt, als wie die Aufnahmegebühr. Vier Kollegen haben nur versprochen, die rückständigen Beiträge nachzahlen und für den Verband rege zu agitieren.

Unn mehr begab ich mich wieder in den Gau 3. Das nächste Reiseziel war Sorau i. L. Obwohl das Kartell rechtzeitig Nachricht erhalten hatte, waren keine Vorarbeiten zu einer Versammlung getroffen worden. Daher ging ich auf den Güterbahnhof und lud die Kollegen zu einer Versprechung ein. Als versprochen, in der Zukunft zusammen zu erscheinen. Abends gegen 8 1/2 Uhr entließ sich aber ein starkes Gewitter. Die eingeladenen Kollegen sind folgedessen anstatt in die Versprechung zu Hause gegangen und ich mußte ungerichteter Sache wieder abziehen.

Recht traurig steht es in Sommerfeld mit den Arbeiterorganisationen. In keinem Orte habe ich unter den Arbeitern eine so große Gleichgültigkeit angetroffen, als wie hier. Die Zahlstelle des Verbandes der Töpfer, welcher vor einiger Zeit alle Töpfer angehörten, ist gänzlich eingegangen; ebenso die Zahlstelle des Textilarbeiter-Verbandes. Es sind dort nur einige Holzarbeiter und einige Maurer organisiert. Daß unter solchen Umständen vorläufig nicht daran zu denken ist, eine Verwaltungsstelle unseres Verbandes zu gründen, braucht nicht erst des Längeren auseinandergesetzt werden.

In Guben hatte ich nach vieler Mühe 10 Kollegen dazu bewegt, in einer Versprechung zu erscheinen. Davon ließen sich 6 Kollegen aufnehmen. Die Verwaltungsgeschäfte sind einstweilen dem Kartell übertragen worden. Da dort die Verwaltungsstelle lebensfähig sein wird, ver-

mag ich heute noch nicht zu beurteilen. Unsere Verurskollegen sind in dieser Stadt trotz der gebürdeten Lage zum großen Teil noch sehr weit zurück. Einmal wurde mir von Kollegen, als ich sie auf der Straße auf unseren Verband aufmerksam machte, geantwortet: „Ich gehöre schon einem Verband an.“ Als ich mich nach dem Namen dieses Verbandes erkundigte, wurde mir gesagt, daß dies der „Kriegerverein“ sei.

Ein etwas günstigeres Bild bot Forst. Die Versammlung war ziemlich gut besucht und ich fand auch sehr aufmerksame Zuhörer. Da die Versammlung an einem Donnerstag stattfand, hatten die Kollegen kein Geld mehr, um sich aufnehmen zu lassen, was bei einem Lohn von 12 Mark pro Woche auch sehr verächtlich ist. Von verschiedenen Kollegen wurde mir versprochen, daß sie sich am kommenden Sonnabend aufnehmen lassen wollen. Die meisten haben auch Wort gehalten, denn inzwischen ist aus Forst die Mitteilung eingegangen, daß dort eine Verwaltungsstelle errichtet worden ist. In diesem Ort hatten wir früher schon eine Zahlstelle; hauptsächlich werden die dortigen Kollegen dafür sorgen, daß die neue Verwaltungsstelle nicht wieder eingeht, damit den Ausbeutungsgelassen der dortigen Unternehmer endlich einmal ein Damm entgegengesetzt werden kann.

Die Versammlung in Cottbus konnte nicht abgehalten werden, weil nach der Meinung des überwachenden Beamten das Lokal nicht den baulich-polizeilichen Anforderungen genüge. Meine Einwendungen, daß das Lokal zwei Eingänge habe und folgedessen für die Versammlungsbefucher durchaus keine Gefahr vorhanden sei, halfen nichts. Trotzdem gelang, es zwei Mitglieder vom Knüfcherverein aufzunehmen.

In Spremberg war die Versammlung schlecht besucht. Es ist aber Aussicht vorhanden, daß dort wieder eine Zahlstelle zulande kommt. Die frühere Verwaltungsstelle ist vor ungefähr einem Jahr eingegangen. Es hat sich dort ein tüchtiger Kollege gefunden, welcher mit Hilfe des Kartellvorstehenden die Agitation weiter betreiben will.

In Züllichenwabe a. Spree war nur eine Kollege erschienen. Von diesem wurde mir erzählt, daß dort die Kollegen vor 10 1/2 Uhr nicht zu Hause kommen und daher gar keine Gelegenheit hätten, in der Woche die Versammlung zu besuchen. Aus diesem Grunde soll in nächster Zeit nochmals eine Versammlung an einem Sonntag abgehalten werden.

Zum Schluß muß ich noch bemerken, daß in den einzelnen Orten zu wenig Werth auf das Eintastieren der Beiträge gelegt wird. Jeder sollte man den Kollegen, welche das Ausfragen des „Corrier“ und das Einsammeln der Beiträge befragen, eine kleine Entschädigung bewilligen, damit dieselben wenigstens einen kleinen Erfolg für die Ausgaben, die bei dieser Arbeit entstehen, haben.

Sind erst die Mitglieder mit ihren Beiträgen einige Wochen zurück, dann fällt es oftmals zu schwer, die restierenden Marken zu bezahlen; dadurch, daß unsere Kollegen nicht rechtzeitig Gelegenheit gegeben wird, ihr Buch in Ordnung zu bringen, verlieren wir die meisten Mitglieder.

In anderen Orten wieder sind für die einzelnen Untertastierer die Bezirke zu groß, so daß diese die Arbeit beim besten Willen nicht bewältigen können. Es muß möglichst darauf geachtet werden, daß den einzelnen Kollegen nicht allzuviel aufgebürdet wird, denn dadurch verlieren die thätigen Kollegen zu leicht die Lust zur weiteren Mitarbeit. Die Bezirke sollten so klein wie möglich gemacht werden, damit das Eintastieren der Beiträge nicht allzuviel Zeit in Anspruch nimmt.

Es hält oft schwer, bei Vergabung solcher Posten die genügende Anzahl von Kollegen zu finden. Ein großer Teil der Kollegen, welche sich für derartige Ämter sehr gut eignen würden, weigern sich, der Allgemeinheit ihre Kräfte zur Verfügung zu stellen. Es ist dies noch ein sehr großer Uebelstand. Jeder Kollege sollte bedenken, daß das, was er für den Verband leistet, nicht nur seinen Mitarbeitern, sondern auch ihm und seiner Familie zu Gute kommt.

Gaukonferenz für den Bezirk Bayern.

Am Pfingstsonntag tagte in dem festlich geschmückten Saale der Volkstänischen Brauerei die erste Gaukonferenz für den Bezirk Bayern.

Vertreten waren: München: Mayerhöfer, Eisenberger; Regensburg: Ernst; Kissingen: Fruchs; Würzburg: Fersch; Nürnberg: Maar; Firth: Reimüller; außerdem war der Gaubevollmächtigte Dobler-München und als Vertreter des Hauptvorstandes Schulz-Berlin anwesend. Das Generalkartell von Regensburg war durch Genossen Schmalzbauer vertreten.

Schulz leitete die Konferenz mit Fersch-Würzburg und Maar-Nürnberg.

Dobler erstattet Bericht über seine Thätigkeit als Gauleiter. Ans demselben war zu ersehen, daß trotz enger Thätigkeit in diesem Bezirk noch viel zu wünschen bleibt. Wenngleich in Weidenhall, Augsburg, Kissingen Zahlstellen geschaffen wurden, war es an anderen Orten, wie Bamberg, Weyreuth, Rosenheim u. f. w. nicht möglich, festen Fuß zu fassen. Die wirtschaftliche Abhängigkeit, der große Druck der Kräfte, aber auch zum Teil der Mangel an geeigneten Kräften waren bis jetzt Hindernisse, trotzdem die wirtschaftliche Lage unserer Verursgenossen gerade die Notwendigkeit der Organisation in diesen Städten bedinge.

Schulz-Berlin referierte in eingehender instruktiver Weise über die Aufgaben der Verbandsfunktionäre, erörterte die Art der Agitation, die Beteiligung der einzelnen Verwaltungsfunktionäre innerhalb der Ortsverwaltung an den gemeinsamen Arbeiten, wünscht, daß der mündlichen Agitation sowie der Aufnahme von Verurskollektiven die größte Beachtung geschenkt wird, ferner bei Lohnbewegungen die vorliegenden Chancen sehr genau abzumessen, da verlorene Kämpfe sehr rückwärtend auf die Organisation drücken.

In eingehendster Weise erörtert er die Mitarbeit der einzelnen Ortsverwaltungsmittglieder, geht auf das Wesen jedes einzelnen Postens ein und macht an der Hand von Beispielen auf die Fehler aufmerksam, die an diesen Stellen sehr oft gemacht werden. Dobler erörtert auch die Gauenrichtung und die Bedeutung für die Organisation und weist darauf hin, daß durch die Arbeit innerhalb der Gauen und durch die Zusammenkunft in Gaukonferenzen Vorarbeit geleistet wird für die Verbandstage.

Mayerhöfer und Eisenberger berichten über den Stand der Münchener Verhältnisse und weisen darauf hin, daß wir die Kartelle verpflichten müssen, dort, wo uns keine Kräfte zur Verfügung stehen, einzuzugreifen.

Maar giebt ebenfalls einen Situationsbericht und ist mit der Thätigkeit des Gauleiters zufrieden. Er macht Dobler aber den Vorwurf, daß er nicht für Einheitslichkeit bei der Erledigung der Frage des kaufmännischen Schiedsgerichts gesorgt hat.

Fruchs-Kissingen und Fersch-Würzburg gaben Situationsberichte aus ihren Städten. Letzterer speziell bedauert, daß er der feiner organisierte Handelskassierarbeiter in Würzburg sei, ferner erklären sie sich mit der Thätigkeit des Gauleiters einverstanden.

Reimüller schließt sich den Ausführungen der Vortredner an, weist ganz besonders darauf hin, daß die letzte Agitationsbrochure, welche vom Zentralvorstand herausgegeben wurde, sehr gute Aufnahme gefunden hat.

Bei der Behandlung der von Nürnberg eingereichten Anträge, welche von Maar eingehend begründet worden, wird nach lebhafter Aussprache der Antrag angenommen, den Zentralvorstand zu ersuchen, die Agitation unter den Handelskassierarbeitern ganz besonders zu berücksichtigen. Ferner erklärt sich die Konferenz entsprechend den Nürnberg-Vorschlägen in prinzipieller Beziehung mit der Zentralisierung der Kartellunterstützung einverstanden und erwartet von dem nächsten Verbandstag die Regelung dieser Frage.

Reimüller beschwert sich darüber, daß die Frage der Sonntagsruhe, der Wochenschluß, nicht auf die Tagesordnung gestellt sind. Es wird festgestellt, daß Anträge diesbezüglich nicht vorgelegen haben; es wird aber beschlossen, die Frage der Sonntagsruhe zu erörtern. Nach einem Referat Reimüllers wird beschlossen, an die Kommunalbehörden in den Städten, wo es notwendig ist, mit entsprechenden Anträgen heranzutreten.

Schulz erörtert noch eingehend das eigenartige Vorgehen des Gewerkschaftsführers Jacobson-München betreffs Gründung eines neuen Zentralverbandes der Straßenbahner und verurteilt mit aller Entschiedenheit diese Art der Agitation von Gewerkschaftsführern. Die Straßenbahner gehören zu Tausenden unserer Organisation seit Jahren an, und ist es unverständlich, durch Zerspaltung der Organisationen eine Spaltung der Gewerkschaftsbewegung zu erwarten.

Eine Resolution im Sinne dieser Ausführungen findet einstimmige Annahme.

Es wird noch der Wunsch ausgedrückt, die Stellung des Brauerverbandes betreffs der Versärfung auf dem nächsten Generalkongress zu erörtern, welches Schulz zusagt.

Ferner wird noch festgelegt, daß die Agitation in dem Bezirk gemeinschaftlich mit dem Gauvorleiter, welchem von allen Vertretern volles Vertrauen entgegengebracht wird, vorgenommen wird.

Schulz schließt die Konferenz mit dem Wunsch, daß die hier erfolgten Ausproben, das gegenseitige Kennenlernen, die gefaßten Beschlüsse zur Stärkung der Organisation beitragen mögen, und mit einem Dank an die Regensburger Kollegen für die uns gewährte freundliche Aufnahme.

Oeffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Bamburg-Altona, Distrikt X (Altona). Mitglieder-Versammlung am 6. Mai in der Schillerhalle. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, sprach Carlberg die Anwesenden davon in Kenntnis, daß unser Kollege Ramotte verstorben sei. Die Versammelten ehrten das Andenken des Verstorbenen in der üblichen Weise. Da ein Referent nicht erschienen war, sprach Carlberg über die Bedeutung des 1. Mai. Dann wurden noch zehn Mann zur Verstärkung ins Festkomitee gemählt. Unsere beiden Wintervereinigungen sollen wie bisher abgehalten werden und zwar eines in Altona bei Weiching, Schweizersaal, und eines in Karlsruhe, Ottenen. In Saden Dose und Wittenborn betreffs Malferer, wurden die betreffenden Kollegen zu einer Sitzung der Ortsverwaltung eingeladen. Carlberg brachte sodann die Vorgänge im Kohlenhof, Gr. Elbstraße, zur Sprache. Den Leuten sollen ganz bedeutende Lohnabzüge gemacht werden, wogegen sie sich natürlich wehrten. Drei dort Jahre lang beschäftigte Kollegen wurden auf Veranlassung des Hugen der Firma, eines früheren Kollegen, gemahnt. Diese Handlungsmasse des Betreffenden wurde scharf kritisiert und verurteilt. Die übrigen Kollegen erklärten sich solidarisch, jedoch nach Rücksprache mit den Vorständen der betreffenden Organisationen wurde wegen der ungünstigen Konjunktur von einem Vorgehen gegen die Firma abgesehen und die Angelegenheit auf eine günstigere Zeit verschoben. Nachdem noch ausgearbeitet wurde, sich recht rege an der Dampfertour zu beteiligen, wurde die Versammlung geschlossen.

Nürnberg. Am 21. Mai fand eine öffentliche Versammlung statt, in der Kollege Schulz-Berlin über die „Entwicklung im Handels- und Transportgewerbe“ referierte. Leider war die Versammlung schwach besucht und dies, obwohl eine rege Agitation dafür einfließt worden war. Der Referent ermahnte für seine zweifelhafte, trefflichen Ausführungen großen Beifall. Zu wünschen wäre, daß über ähnliche Referate von Verurskollegen gehalten würden.

Verantwortl. Redakteur u. Verleger: O. Schumann, Berlin. Druck: Maurer & Dimmler, Berlin S., Luisen-Platz 11.